

Rot-Grün = verzögern, verhindern, blockieren

Der Streit um Garzweiler II in Nordrhein-Westfalen belegt deutlich: Rot-grün heißt Stillstand. Bei der Tagebaudiskussion geht es nur noch darum, eine endgültige Entscheidung hinauszuzögern.

Schon bei den zähen Koalitionsverhandlungen im Frühjahr 1995 konnten sich SPD und Grüne nicht über den Tagebau Garzweiler II einigen. Im Koalitionsvertrag vom 1. Juli 1995 schrieben beide Seiten lediglich ihre Positionen fest.

50.000 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel

Doch Nordrhein-Westfalen braucht eine klare Entscheidung für Garzweiler. 50.000 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Den von einer Umsiedlung betroffenen Menschen und den im Tagebau Beschäftigten bleibt weiterhin nur quälende Ungewissheit. Das Genehmigungsverfahren darf mit Rücksicht auf den Arbeitsmarkt und wegen der Glaubwürdigkeit staatlichen Handelns nicht weiter verschleppt werden.

Es ist verhängnisvoll, daß auch andere für unsere Zukunft entscheidende Projekte von der Willkür grüner Sonderparteitage abhängig sind. So ist der Bau der Ostseeautobahn A 20 der größte Streitpunkt in der rot-grünen Koalition Schleswig-Holsteins. Die Grünen

Fortsetzung auf Seite 4

HEUTE AKTUELL

- **Rot-Grün**
Bundeskanzler Helmut Kohl: Massive Wählertäuschung. Seite 3
- **Mülheim-Kärlich**
Gunnar Uldall: Genehmigungsverfahren für Großprojekte vereinfachen. Seite 7
- **Innere Sicherheit**
Bundesinnenminister Manfred Kanther: Meilensteine der Verbrechensbekämpfung. Seite 8
Wolfgang Schäuble: Die Bürger haben ein Recht auf Sicherheit. Seite 20
- **Europa**
Unsere europäischen Partner bauen auf Bundeskanzler Helmut Kohl. CDU/CSU-Kongreß in Bonn. Seite 14
- **Hessen**
Hans-Peter Repnik: Wirtschafts- und finanzpolitisch unsinnige Steuervorschläge. Seite 16
- **Sachsen-Anhalt**
PDS zeigt ihr wahres Gesicht. S. 32
- **Kurz & bündig**
ARGUMENTE: Neun Punkte zum „Sicherheitsjahr '98“. Seite 33
- **Dokumentation**
Erster Bericht über die Entwicklung der Pflegeversicherung. Grüner Teil

UID

Stichtag 1. Januar 1998.
Gesetze, Maßnahmen und
Verordnungen

Extra

Kurz & gut

EURO-Hürde
genommen

Um rund 14 Milliarden DM unter der Neuverschuldung des Jahres 1996 ist mit 64,4 Milliarden DM die Nettokreditaufnahme des Haushaltsjahres 1997 geblieben. Damit hat jedenfalls der Bund nach Abschluss des 97er Haushalts seinen Beitrag dazu geleistet, das Maastrichter Defizitkriterium für den Beitritt zur Europäischen Währungsunion zu erfüllen.

Mehr als 8000
Arbeitsplätze

wird Europas größtes Elektronikprojekt „300 plus“ auf Dauer in Deutschland schaffen, das dieser Tage in enger Zusammenarbeit Wirtschaft, Forschung und Staat gestartet haben. Der technologische „Quantensprung“ liegt in der Herstellung größerer Siliziumscheiben. Mehr bzw. größere Chips können in einem Arbeitsgang produziert werden. Die Herstellungskosten verringern sich dadurch um 40 Prozent; entscheidend werden die Wettbewerbsvorteile auf dem weltweit boomenden Halbleitermarkt.

Mit neun
Milliarden DM

hat die Deutsche Bahn AG 1997 ihre Schienenwege ausgebaut. Für die vier Jahre seit der Bahnreform ergibt sich damit zur Verbesserung der Schieneninfrastruktur eine Investitionssumme von insgesamt 35 Milliarden. Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann: Die Investitionen werden in den Jahren 1998 bis 2002 weiter auf diesem Niveau fortgeführt.

Von 5 auf
10 Millionen DM

sind die Geldmittel zur Förderung von Städtepartnerschaften erhöht worden. In seiner letzten Sitzungswoche 1997 hat das Europäische Parlament entscheidend dazu beigetragen, zusätzliche Möglichkeiten der Begegnung von Menschen in Europa zu schaffen.

Für organisierte Verbrecher wird es künftig ungemütlich

Gangsterwohnungen sind kein Schutzraum, und der organisierte Verbrecher kann den grundgesetzlich verbürgten Respekt des Staates vor der Un-

verletzlichkeit der Wohnung in Zukunft nicht mehr für seine Zwecke mißbrauchen. Darauf haben sich Koalitionsparteien und SPD nach einem sieben-

stündigen Verhandlungsmarathon in der Nacht vom 7. auf den 8. Januar geeinigt. Ausgenommen von der neuen Abhörmöglichkeit sind Gespräche

mit Geistlichen, Strafverteidigern und Abgeordneten. Besondere Beschränkungen gelten für die Verwertung von abgehörten Gesprächen bei Berufsgruppen, de-

nen die Gesetze ein Zeugnisverweigerungsrecht einräumen, wie z.B. bei Ärzten und Journalisten. - Der Bundestag hat am 16. Januar zugestimmt.

3
0
0
0

DAS WICHTIGSTE
DER WOCHE
AUF EINER SEITE

NR.
2

„Die Bevölkerung fordert heute eher mehr als weniger Reformen – schlechte Zeiten also für rot-grüne Blockierer und große Herausforderungen für uns.“

Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Große Steuerreform: Die Entscheidung darüber
müssen am 27. September die Wähler treffen

Eine deutliche und ausgewogene Senkung aller Steuersätze bei Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer ist nach wie vor das Ziel der Koalition.

Über die Weihnachtsfeiertage und „zwischen den Jahren“ könnte der Eindruck entstanden sein, daß die große Steuerreform kein Thema mehr ist. In der Fülle der Nachrichten schon in den ersten Tagen des neuen Jahres über Kurdenflucht, Massaker in Algerien, Telekom-Ablöse-Gebühren, Rot/Grün in NRW und Garzweiler darf nicht untergehen:

„Die Koalition hält an ihrem im Sommer beschlossenen Petersberger Konzept zur Steuerreform fest.“

Nach einer Koalitionsrunde der Partei- und Fraktionsvorsitzenden von CDU, CSU und FDP unter Vorsitz von Bundeskanzler Helmut Kohl hat Kanzleramtschef Friedrich Bohl das noch einmal bekräftigt.

Die Koalition ist sich allerdings auch darüber klar geworden: Erneute Gespräche mit der SPD über die Steuerreform machen keinen Sinn.

● Friedrich Bohl: „Die SPD ist zu einer ausgewogenen Senkung der Steuersätze und damit zu einer sachgerechten Tarifgestaltung sowie zur notwendigen Verlagerung von direkten auf indirekte Steuern nicht bereit.“

Erneute Gespräche mit der SPD
machen keinen Sinn

● Bundesfinanzminister Theo Waigel: „Wenn die SPD nun mit ihrer alten Neidkampagne um den Spitzensteuersatz kommt, dann macht es keinen Sinn, weiter zu verhandeln.“

● Wolfgang Schäuble: „Es ist niemand in der Koalition zufrieden, daß die Mehrheit des Bundesrates die notwendige Zustimmung zu dem vom Bundestag verabschiedeten Steuerreformkonzept verweigert hat.“

Die Entscheidung über die Steuerreform müssen nun am 27. September die Wählerinnen und Wähler treffen.

Unternehmen im Aufwind

Gut wird nach eigenen Angaben die Situation vieler Unternehmen in den neuen Bundesländern bewertet. Ausichten für die Zukunft: positiv! Das hat eine Untersuchung des Instituts für Wirtschafts-forschung Halle

(IWH) ergeben. Ein weiteres Ergebnis der Untersuchung: vier Fünftel der kleinen und mittleren Unternehmen sind in ostdeutschem Eigentum, und etwa die Hälfte aller Beschäftigten arbeitet in diesen Unternehmen.

Unnötig und schädlich

hat der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer, die von der SPD erzwungene Einsetzung des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuß zur Untersuchung von Vorfäl-

len in der Bundeswehr mit rechtsradikalem Hintergrund genannt. Seiner Meinung nach „hat die Bundeswehr selbst das geeignete Instrumentarium, um alle bekannten Vorfälle untersuchen und ahnden zu können“.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Massive Wählertäuschung

Zum Parteitag der nordrhein-westfälischen Grünen in Jüchen und zum rot-grünen Streit um Garzweiler II erklärte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl:

Am Wochenende haben die Grünen gezeigt, daß sie bereit sind, für die Erringung der Macht in Bonn jeden Preis zu zahlen. Die rot-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen ist praktisch am Ende, ausgezehrt durch einen permanenten inneren Konflikt. Zum gemeinsamen politischen Handeln – oder gar zu vorwärtsweisenden Entscheidungen – ist sie nicht mehr in der Lage.

Gleichwohl haben die nordrhein-westfälischen Grünen am Samstag auf ihrem Sonderparteitag in Jüchen beschlossen, an dieser Koalition festzuhalten. Es ging dabei in Wahrheit nicht um Energiepolitik und erst recht nicht um Arbeitsplätze. Es ging um Posten und Pfründe in Düsseldorf – und um die Hoffnung darauf in Bonn.

Gelöst ist mit dem Parteitag der Grünen nichts – weder der Streit um Garzweiler II noch die Dauerkrise der rot-grünen Koalition. Der tiefe Riß in der Düsseldorfer Landesregierung wurde nur ein weiteres Mal übertüncht. Der Streit wird weiter gehen – denn sowohl SPD als auch Grüne haben ihre Wähler massiv getäuscht:

● **Die Grünen haben ihre Wähler getäuscht**, indem sie den Eindruck erwecken, sie könnten Garzweiler II im Rahmen der Düsseldorfer Koalition doch noch verhindern. Dabei wissen sie, daß sie dazu keine rechtliche Handhabe mehr haben.

● **Und die Sozialdemokraten haben ihre Wähler getäuscht**, wenn sie so tun, als seien die Arbeitsplätze in Garzweiler II

auf Dauer gesichert. Dabei ist auch ihnen klar – und der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Deutschen Bundestag hat es gerade noch einmal unmißverständlich zur Bedingung gemacht –, daß ein rot-grünes Bündnis in Bonn eine Änderung der energie- und steuerpolitischen Rahmenbedingungen und damit das wirtschaftliche Aus für Garzweiler II bringen würde.

Rot-Grün = Streit, Stillstand und damit Niedergang für unser Land

Rot-grün ist nicht in der Lage – weder in Düsseldorf noch in Bonn –, zu einer gemeinsamen Energiepolitik und zu den für die Sicherung der Arbeitsplätze notwendigen Entscheidungen zu kommen. Das Ergebnis des Grünen-Parteitages ist schlimm für Nordrhein-Westfalen, denn wegen der rot-grünen Lähmung findet zukunftsgerichtete Landespolitik auch weiterhin nicht statt. Noch schlimmer aber wäre es, wenn solche Verhältnisse in ganz Deutschland herrschen würden.

In dieser Phase weltweiter Veränderungen kann sich unser Land keine rot-grüne Regierung leisten, die wegen jeder Einzelentscheidung in der Wirtschafts- und Energiepolitik, beim Autobahnbau, in der Technologie- und Innovationspolitik, bei der Verbrechensbekämpfung oder in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik am Rand des Zusammenbruchs stünde.

SPD und Grüne sehen die rot-grüne Koalition in Düsseldorf als „Modell für Bonn“. In Wahrheit ist sie ein abschreckendes Beispiel. Sie macht deutlich, was Rot-Grün bedeutet: Streit, Stillstand und damit Niedergang für unser Land. ■

Arbeitsplatzvernichtungscoalition

Deutschlandfunk-Interview mit Helmut Linssen, Vorsitzender der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, zur rot-grünen Koalition in NRW

Frage: „Ein schlimmer Tag für Nordrhein-Westfalen“, so der knappe Kommentar des CDU-Landesvorsitzenden Blüm auf die Entscheidung der Bündnis/Grünen, die Koalition mit der SPD in Düsseldorf aufrecht zu erhalten. Wie enttäuscht waren sie?

Helmut Linssen: Ich habe damit gerechnet. Ein bißchen Hoffnung war natürlich da, und es wäre vor allen Dingen für Nordrhein-Westfalen sehr viel besser gewesen, wenn diese Koalition nun endlich nach zweieinhalb Jahren pausenlosen Hickhacks auseinandergeflogen wäre.

Ja oder Nein?

Ich habe verlangt, daß Rau in einer Regierungserklärung die Position der Regierung zu dem Fünf-Punkte-Programm von Frau Höhn darlegt. Da gibt es ja sehr unterschiedliche Interpretationen. Herr Clement, Herr Matthiesen sagen, das ist nichts wert, Herr Rau versucht, darüber hinweg-

zutaktieren. Die Regierung muß endlich sagen: Hat sie Möglichkeiten, zu verhindern, Ja oder nein, oder kann sie nur verzögern? Wir sind übereinstimmend mit Clement und Matthiesen der Meinung, daß sie allenfalls verzögern kann, und das wird Nordrhein-Westfalen wieder Arbeitsplätze kosten. Dies ist eine Arbeitsplatzvernichtungscoalition, und das ist das Schlimme für Nordrhein-Westfalen.

Alle werden es merken

Wenn es nach Recht und Gesetz geht, dann kann es nur eine Genehmigung für Garzweiler II geben, aber, diese Koalition versucht, über die Bundestagswahl zu kommen, und sie versucht dann, wenn Rot-Grün gewinnen würde, über Energiesteuer oder andere Energiepolitik Garzweiler II kaputtzumachen. Das werden natürlich auch die Mitglieder der SPD merken, das werden die Arbeitnehmer merken, das werden die Kumpel merken, und deshalb erwarte ich einen Riesenzirkus noch bis zur Sommerpause. Das werden die sich ja nicht gefallen lassen, und die werden auch nicht stillhalten.

Fortsetzung von Seite 1

verwenden ihren ganzen Ehrgeiz darauf, den zur wirtschaftlichen Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns entscheidenden Bau zu verzögern.

Ein weiteres Symbol für die im Kern zukunfts- und technikfeindliche Politik der rot-grünen Landesregierung Schleswig-

Holsteins ist das kategorische „Nein“ zum Transrapid. Gegen das Magnetschwebbahnbedarfsgesetz hat die Landesregierung sogar einen Antrag auf ein Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.

Rot-Grün wird mehr und mehr zum nationalen Risiko.

Rot-Grün auf Bundesebene: verheerende Folgen

Die Grünen haben sich bei ihrem Spagat zwischen Glaubwürdigkeit und Machterhalt ihre Hose gründlich zerrissen. Ihre Glaubwürdigkeit ist endgültig dahin. Sie haben gezeigt, daß ihnen der Machterhalt vor Prinzipientreue geht.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen – und besonders in der Region um Garzweiler – haben Besseres verdient als dieses Hick-Hack um ihre Arbeitsplätze und um ihre Zukunftschancen. Der Zustand der rot-grünen Landesregierung schadet dem Land und den Menschen. Es muß schnellstmöglich zu Neuwahlen kommen, um Schaden vom größten Bundesland abzuwenden.

Der gefährliche Weg hin zu einer Sonderparteitagspolitik macht deutlich, welche verheerenden Folgen Rot-Grün auf Bundesebene hätte. Oder glaubt etwa allen Ernstes jemand, wir könnten auf grüne Sonderparteitage warten, wenn es um wichtige Fragen unserer Zukunft geht?

Die Art und Weise, wie sich die SPD von

den Grünen auf der Nase herumtanzen läßt, ist mehr als peinlich. Die Sprachlosigkeit von Ministerpräsident Johannes Rau läßt den Verdacht aufkommen, daß er das Interesse an den wichtigsten Problemen des Landes bereits verloren hat.

Erklärung von Generalsekretär Peter Hintze zur Entscheidung von Bündnis 90/Die Grünen über die Fortsetzung der rot-grünen Koalition

Das unendliche Gezerre der Koalitionäre in Nordrhein-Westfalen unterstreicht erneut die katastrophale Bilanz rot-grüner Landesregierungen. Auf Bundesebene versuchen die Grünen verzweifelt, ihre Regierungsfähigkeit zu betonen. Gleichzeitig machen sie in den Ländern ungeniert Politik gegen die Wirtschaft und gegen neue Arbeitsplätze.

Rot-Grün gleich Blockade

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, erklärte zum erneuten Streit der rot-grünen Koalition in Schleswig-Holstein um den Autobahnbau der A 20:

Nicht nur der Dauerzankapfel Garzweiler II zwischen der SPD und Bündnis-Grünen in der nordrhein-westfälischen Landesregierung beweist wiederholt, daß eine rot-grüne Koalition die Blockade wirtschaftlich wichtiger Projekte bedeutet. Auch der Streit in der rot-grünen Landesregierung Schleswig-Holsteins um die A 20

im Raum Lübeck spitzt sich erneut zu. Wie zu erwarten war, suchen die Grünen dieses für die wirtschaftliche Erschließung der Küstenregion Mecklenburg-Vorpommerns so wichtige Projekt Deutsche Einheit immer wieder zu torpedieren. Dabei ist es ihnen offensichtlich gleichgültig, daß der Bau dieser Autobahn maßgebend ist für die Überwindung der infrastrukturellen Probleme und den wirtschaftlichen Aufschwung in dieser Region. Gleichgültig ist ihnen wohl auch, daß mit dem Bau direkt die Schaffung bzw. der Erhalt von Arbeitsplätzen für die in den neuen Ländern ohnehin auftragsarme Bauindustrie verbunden ist.

Pressestimmen

Grüner Selbstbetrug

Den nordrhein-westfälischen Grünen ist in Jüchen ein bemerkenswertes Kunststück gelungen: Stehvermögen zu zeigen und gleichzeitig umzufallen. Doch was auf den ersten Blick wie ein genialer Schachzug wirkt, um die Pragmatiker und die Idealisten im größten Landesverband der Grünen unter einen Hut zu bekommen und im Bundestagswahljahr eine Zerreißprobe zu vermeiden, ist in der rauen Koalitionswirklichkeit an Rhein und Ruhr nichts weiter als ein politischer Selbstbetrug.

Man kann zwar nichts ändern, aber dabei sein will man doch. Nichts wurde auf dem Sonderparteitag im rheinischen Braunkohlerevier so deutlich wie die Aussichtslosigkeit, das Tagebau-Projekt Garzweiler II politisch doch noch verhindern zu können. Da mögen die Einwände der Grünen gegen das gigantische Energievorhaben in Teilen nachvollziehbar und mag der Zorn der betroffenen Bürger verständlich sein.

Fest steht, daß die Grünen in Nordrhein-Westfalen wieder einmal ihre politischen Einflußmöglichkeiten als Regierungspartei maßlos überschätzt und ihr Drohpotential gegenüber dem großen Koalitionspartner SPD geradezu naiv eingesetzt haben.

Es ist ja nicht das erste Mal, daß Höhn und Vesper als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet sind. Beim Autobahn-Ausbau, bei Genehmigungen für Nachtflugverbote, bei der Erweiterung von Flughäfen - jedesmal war die Blockade-Partei mit großen Gesten zum Gegensteuern angetreten, hatte spektakuläre Sonderparteitage einberufen und wacker mit dem Ende der Koalition gedroht - verblich. Stets waren es dann zermürbende Rückzugsgefechte, die die Parteispitze in Rechtfertigungszwang brachte. Die Grünen wollen regieren, und sie sind bereit,

dafür fast jeden Preis zu zahlen. Dabei ist die Glaubwürdigkeit der Grünen stückchenweise auf der Strecke geblieben. In Jüchen wurde jetzt der allerletzte Rest aufgebraucht.

Stuttgarter Nachrichten

Grüner Sündenfall

Im Kampf gegen den Braunkohlentagebau Garzweiler II sind die nordrhein-westfälischen Grünen als Tiger gestartet und als Bettvorleger der SPD gelandet. Trotz aller terminologischen Akrobatik wurde auf dem Sonderparteitag in Jüchen klar, daß Machterhalt für die Grünen wichtiger ist

Abschreckend

Jüchen ist ein deutliches Signal zur Investitionsabschreckung. Welcher Investor kann sich auf staatliche Entscheidungen in Nordrhein-Westfalen in Zukunft denn noch verlassen?

Norbert Blüm, Bundesarbeitsminister und Vorsitzender der nordrhein-westfälischen CDU

als Prinzipientreue. Plötzlich soll die Genehmigung des Rahmenbetriebsplans für das 48-Quadratkilometer-Loch, zuvor stets als Casus belli des rot-grünen Bündnisses definiert, nur noch ein Betriebsunfall sein. Auch bei den Grünen gilt fortan nicht mehr das gesprochene, sondern das gebrochene Wort.

Diese Tatsache stürzt die Partei in eine Glaubwürdigkeitskrise. CDU und FDP werden die Grünen jetzt mit einer „Umfalder-Kampagne“ überziehen. Ihren Höhepunkt dürfte die Glaubwürdigkeitskrise erreichen, wenn die grüne Umweltministerin Bärbel Höhn Garzweiler II die wasserrechtliche Erlaubnis erteilen muß.

General-Anzeiger, Bonn

Genehmigungsverfahren für Großprojekte vereinfachen

Der wirtschafts- und energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall erklärte zu den Auswirkungen des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts zum Kernkraftwerk Mühlheim-Kärlich:

Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts dürfte das endgültige „Aus“ für eines der modernsten und leistungsfähigsten deutschen Kernkraftwerke bedeuten. In einer Zeit knapper Haushaltskassen und hoher Arbeitslosigkeit ist dies kein gutes Signal für den Standort Deutschland. Außerdem dürfte die Durchsetzbarkeit einer weiteren milliardenschweren Investition des Braunkohleprojekts Garzweiler II erschwert werden. Offenbar werden Großinvestitionen gerade im Energiebereich in Deutschland immer schwerer realisierbar.

Spürbare Erleichterung

Vor diesem Hintergrund gewinnt das geplante standortunabhängige Genehmigungsverfahren für die neue Reaktorgeneration bei Kernkraftwerken zusätzliche Bedeutung. Die Novelle des Atomgesetzes, die dieses neue Verfahren enthält, wird nach Abschluß des Vermittlungsverfahrens voraussichtlich in den nächsten

Monaten beschlossen werden. Damit wird der Bau neuer Kernkraftwerke spürbar erleichtert werden.

Kein Votum für den Ausstieg

Bereits 1996 ist ein Gesetzespaket zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren in Kraft getreten. Vor Ort ist die Veränderung bereits spürbar. Genehmigungsverfahren sind von der Verwaltung im Sinne einer Dienstleistung inzwischen stärker auf die Zeit- und Investitionsplanung des Investors ausgerichtet. Kürzere, auf das Wesentliche konzentrierte und rechtssichere Genehmigungsverfahren sind notwendig, um auch in Zukunft Investoren für Großprojekte in Deutschland zu gewinnen.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zu Mühlheim-Kärlich hat sich auf eine rein revisionsrechtliche Prüfung beschränkt. Eine Entscheidung für oder gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie kann aus dieser Entscheidung nicht abgeleitet werden. Angesichts der aktuellen Klimadiskussionen ist ein Ausstieg Deutschlands aus der kohlendioxidfreien Kernenergie mit der unbestrittenen Vorreiterrolle beim Umweltschutz nicht vereinbar.

Der EURO wird stärker sein als der Dollar

Der EURO wird nach Einschätzung des DIW stärker als der Dollar. Wegen der hohen Zahl von voraussichtlich elf Mitgliedsstaaten der Europäischen Währungsunion seien auf den Finanzmärkten keine Turbulenzen zu erwarten, erklärte Heiner Flassbeck vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

Bundesinnenminister Manfred Kanther:

Meilensteine der Verbrechensbekämpfung

Das elektronische Abhören von Gangsterwohnungen und die Verschärfung der Vorschriften gegen die Geldwäsche sind Meilensteine der Verbrechensbekämpfung in Deutschland.

Damit werden nach jahrelangen Auseinandersetzungen wichtige Lücken im Schutz der Bürger gegen die Organisierte Kriminalität geschlossen.

So schafft der Gesetzentwurf zu Art. 13 GG im Interesse einer wirksamen Bekämpfung der Organisierten Kriminalität die verfassungsrechtliche Grundlage für den Einsatz technischer Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen zum Zweck der Strafverfolgung. Damit können nach jahrelangem Ringen nunmehr die Ermittler, insbesondere bei organisiert vorgehenden Banden, die sich fast völlig nach außen abschotten, ihre Ermittlungen wirksamen in den Kernbereich der Organisierten Kriminalität hineinbringen.

Auch mit dem Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität wird das rechtliche Instrumentarium – insbesondere bei der Geldwäsche – verbessert. Damit kann zukünftig auf die Triebfeder des Organisierten Verbrechens – die kriminellen Gewinne – wirkungsvoller zurückgegriffen werden. Dem dient die Erweiterung des Anwendungsfeldes der Strafvorschriften gegen Geldwäsche, die Verbesserung des strafprozessualen Ermittlungsinstrumentariums, ein verbesserter Informationsaustausch zwischen Strafverfolgungs- und Finanzbehörden sowie die Einführung einer Kontrollmöglichkeit im grenzüberschreitenden Verkehr, wenn Zahlungsmittel bar im Wert von 30.000 DM oder mehr mitgeführt werden.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß die Unionsparteien, CDU und CSU, seit 1990 unbeirrt ihre Forderungen nach verbessertem Einsatz technischer Mittel im Kampf gegen das Verbrechen vorgetragen, begründet und in einem zähen Überzeugungsprozess schließlich durchgesetzt haben. Das Beispiel zeigt, daß solche endlosen Fristen in Zukunft in der Sicherheitspolitik nicht mehr vorkommen dürfen.

Die Ermittlungen wirksam in den Kernbereich der Organisierten Kriminalität hineinbringen

Parteilitisches Gezerre ist beim Kampf gegen das Verbrechen in Deutschland unvertretbar. Dabei beziehe ich mich auch auf den vergleichbaren Vorgang des jahrelangen Ringens um eine Änderung der Asylvorschriften, wo die Umkehr auf einem falschen Weg ebenso lange gedauert hat und von CDU und CSU in Übereinstimmung mit der Bevölkerung und dem ständig wachsenden Druck der Realitäten erkämpft worden ist.

In Zukunft muß auf offensichtliche Veränderungen der Gefährdungslage weit schneller geantwortet werden.

Die Bundespolitik der Regierungskoalition in Bonn hat in den letzten Jahren in beeindruckender Weise das gesetzgeberische Handwerkzeug für die Verbrechens-

bekämpfung verstärkt. Ich erinnere an das Verbrechenbekämpfungsgesetz mit Kronzeugenregelung und beschleunigtem Verfahren, an das Anti-Korruptionsgesetz gegen Wirtschaftskriminalität, an die Verschärfung der ausländerrechtlichen Vorschriften gegen schwerkriminelle Ausländer zur erleichterten Abschiebung, an das Bundeskriminalamts- und Bundesgrenzschutzgesetz oder an die Einführung der verfahrensbeschleunigenden Hauptverhandlungshaft.

Hinzugetreten ist seitens der Bundesregierung die dazu passende Neuorganisation des Bundesgrenzschutzes und der beachtliche sachliche wie personelle Aufwuchs bei Bundeskriminalamt und Bundesgrenzschutz. Deshalb ist der Bund außerordentlich legitimiert, auch von den Ländern höchste Anstrengungen für die Innere Sicherheit zu fordern.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an meine Vorschläge zur „Aktion Sicherheitsnetz“, mit der insbesondere in den Großstädten intensivere Vorbeugung und Verfolgung von Straftätern gewährleistet werden sollen.

In der föderativen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland sind in erster Linie die Länder Träger von Polizei und Justiz und damit die Garanten für die Innere Sicherheit und den Kampf gegen Verbrechen.

Am Beispiel der süddeutschen Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg zeigt sich, daß eine über Jahrzehnte stetige Politik beachtliche Erfolge haben kann. Verwiesen sei auf die in beiden Bundesländern im Verhältnis zu Norddeutschland hohe Aufklärungsquote und die wesentlich niedrigeren Straftatenzahlen.

Anstrengungen verstärken

Schwerpunkte in der Arbeit in den nächsten Jahren sind für mich die Eindämmung der Kinder- und Jugendkriminalität, die Eindämmung von Gewalttätigkeit und Ausländerkriminalität, besonders im Bereich des Organisierten Verbrechens. Dazu müssen die Anstrengungen sowohl in Deutschland als auch auf internationaler Ebene durch Zusammenarbeit gegen das weltweit operierende Verbrechen unerlässlich verstärkt werden.

Scheinheiliges Manöver der SPD

Zu den Äußerungen des SPD-Vorsitzenden Lafontaine vor der Bundespressekonferenz erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble:

Der Vorschlag des SPD-Vorsitzenden Lafontaine, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schnell Maßnahmen mit der Bundesregierung zu vereinbaren, ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten. Insbesondere Lafontaines Forderungen nach steuerlichen Entlastungen und Senkung der Lohnnebenkosten folgen der Methode „Haltet den

Dieb“. Wenn es der SPD so ernst wäre, wie sie jetzt tut, hätte sie längst die Möglichkeit gehabt, in gemeinsamen Gesprächen den Weg für eine sinnvolle Steuerreform freizumachen. Statt dessen hat sie alle Versuche blockiert und mit ihrer Bundesratsmehrheit die Schritte verhindert, die sie nun fordert. Der Aufmarsch der SPD-Ministerpräsidenten vor der Bundespressekonferenz ist ein allzu durchsichtiges Manöver, das lediglich dem Zweck dient, von den eigenen Versäumnissen abzulenken.

Kurdische Flüchtlinge:

Europäische Solidarität ist gefragt

Aus Anlaß der Aktuellen Stunde „Zu den Forderungen nach einer verschärften Abschottung der Grenzen gegen kurdische Flüchtlinge“ erklärte der innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski: Die Situation verlangt nüchterne Betrachtung:

- Mit über 14.000 Asylbewerbern aus dem Irak im letzten Jahr hatte sich deren Zahl gegenüber 1993 mehr als verzehnfacht. Hinzukommen rd. 17.000 Asylbewerber aus der Türkei – ebenfalls ganz überwiegend Kurden.
- Wir haben eine drastische Zunahme der Zuwanderung von irakischen Kurden zu verzeichnen. Diese kann nicht geleugnet werden, nur weil in den ersten Tagen dieses Jahres aufgrund von Internierungsmaßnahmen der Italiener die Zahlen nicht überwältigend erscheinen; '95: 679; '96: 1.549; '97: über 4.000.
- Davon 60 % mit Hilfe von Schleuserorganisationen; es verwundert daher nicht, daß 80% der von den Flüchtlingen vorgelegten „irakischen“ Dokumente gefälscht sind.

Die drastische Zunahme von Flüchtlingen aus einem bestimmten Gebiet, zumal wenn sie mit Hilfe von Schleusern erfolgt, muß Anlaß zum Gegenzusteuern sein.

Denn Schleuserorganisationen helfen nicht etwa nur ohnehin Ausreisewilligen; sie sind vielmehr oftmals erst für das Entstehen der Migrantenströme verantwortlich.

Gegenzusteuern ist um so mehr,

- als Hauptzielland der Flüchtlinge in Europa Deutschland ist, obwohl Deutsch-

land ohnehin bereits mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge aufnimmt, die in Staaten der EU um Schutz nachsuchen,

- als andere europäische Staaten nicht bereit sind, die Lasten durch die Aufnahme von Flüchtlingen gerecht auf alle europäischen Partner zu verteilen,
- als wir dem Bürger in Deutschland eine Reihe von Leistungseinschränkungen zumuten mußten, um unsere Sozialleistungssysteme zu sichern, aber eine große Zahl der Flüchtlinge hier wieder auf Sozialhilfe angewiesen sein wird, zumal für sie angesichts der Situation auf dem Arbeitsmarkt keine Arbeitsplätze zur Verfügung stehen,
- als sie oftmals nicht primär aus Gründen politischer Verfolgung, sondern aus wirtschaftlichen Gründen hierher kommen.

Jedermann weiß, daß die Lebensbedingungen in den Herkunftsgebieten der Flüchtlinge alles andere als befriedigend sind. Dementsprechend hatten wir wiederholt deutlich gemacht, daß das Kurdenproblem einer internationalen Lösung in den Herkunftsgebieten der Kurden bedarf. Dies steht außer Frage.

Aber: Selbst wer hier außenpolitische Versäumnisse ausmacht, dem muß doch klar sein, daß wir deswegen nicht auch noch gebotene innenpolitische Maßnahmen versäumen dürfen,

- indem wir dem Handwerk krimineller Schlepper tatenlos zusehen,
- indem wir zudem – auch dies gilt es sich zu vergegenwärtigen – einen massiven Kriminalitätsimport dulden.

Deutschland darf nicht wieder Ziel einer illegalen Wanderungsbewegung werden.

Denn Deutschland kann nicht eine unbegrenzte Zahl von Krisensituationen auf dieser Welt durch die Aufnahme von Flüchtlingen weitgehend allein lösen.

Internationale Solidarität ist gefragt

Die Rechtslage in Europa ist zwar eindeutig: Zuständig für die Behandlung von Asylbegehren ist nach dem Schengener Übereinkommen von 1990 der Staat, über dessen Außengrenzen der Asylbegehrende eingereist ist.

In praxi jedoch sieht dies anders aus.

Der Kurde reist z. B. via Griechenland oder Italien ins Schengen-Gebiet ein. Von dort aus schlägt er sich über die offenen Grenzen mit Frankreich nach Deutschland durch, vernichtet seine Reisedokumente und beantragt hier Asyl.

Folge: Die deutschen Behörden können nicht nachweisen, wie er zu uns gekommen ist. Letztlich bleibt der Flüchtling daher immer wieder in Deutschland, das wegen seiner immer noch relativ großzügigen Sozialleistungen für Ausländer auf Flüchtlinge besondere Anziehungskraft ausübt. Speziell auf Kurden übt es auch deshalb besondere Anziehungskraft aus, weil hier bereits rd. 500.000 kurdische Landsleute leben.

Es geht nicht darum, tatsächlich Verfolgte ins Verfolgerland zurückzuführen. Das will keiner. Auch geht es nicht um neue Kontrollen an den innereuropäischen Grenzen, wie der niedersächsische Innenminister Glogowski sie gefordert hat. Denn mit ihnen wäre der illegalen Zuwanderung schon aus rein praktischen Gründen kaum beizukommen. Schließlich ist der Problematik der illegalen Zuwanderung keineswegs an den innereuropäischen Grenzen bestmöglich beizukommen; dies geschieht optimaler Weise an den EU-Außengrenzen.

Es geht vielmehr darum,

- Schleppern das Handwerk zu legen, die mit dem Elend der Kurden und anderer Schindluder treiben,
- den Zuzug von Wirtschaftsflüchtlingen zu unterbinden und
- nicht zuletzt: entsprechend den europäischen Regelungen zu einer wenigstens etwas gerechteren Lastenverteilung bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu kommen.

Unsere europäischen Partner, auch Italien, das 1996 ganze 681 Asylbewerber zählte, darf seine Probleme mit illegaler Zuwanderung nicht auf deutsche Kosten lösen. Es muß deshalb wie wir und alle anderen europäischen Partnerstaaten, nicht zuletzt auch Griechenland, seine Grenze bestmöglich schützen. Es muß sein Ausländerrecht entsprechend europarechtlichen Vorgaben so gestalten, daß Illegale nicht unbehelligt nach Deutschland weiterreisen können. Deshalb muß Italien z. B. die Abschiebungshaft gesetzlich regeln. Frankreich muß schließlich die europarechtswidrige Durchreise der Illegalen nach Deutschland unterbinden.

Um zu einer gerechteren Lastenverteilung bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Europa zu kommen, brauchen wir zuguterletzt eine europaweite Datenbank, in der die Personalien aller nach Europa geflüchteten Ausländer aufgenommen werden. Damit ließe sich sicherstellen,

- daß die Anträge aller Asylbewerber in Europa allein von dem jeweils zuständigen Staat geprüft werden,
- daß alle Asylberechtigten in dem Staat wohnhaft bleiben, der ihnen Asyl gewährt hat.

Dies wäre ein erster Schritt für eine gerechtere Lastenverteilung innerhalb der EU.

300 Firmen und 60.000 Jobs

Der Generalkonsul der Vereinigten Staaten für Sachsen und Thüringen, Patrick Truhn, hat weitere Investitionen von US-Firmen in Ostdeutschland angekündigt.

Truhn sagte in Dresden, das Investitionstempo werde zwar etwas langsamer, dennoch bestehe ungebrochenes Interesse an einem weiteren wirtschaftlichen Engagement in den neuen Ländern.

Gute Infrastruktur

Nach Einschätzung von Truhn haben insgesamt 300 amerikanische Firmen seit der Wiedervereinigung 13 Milliarden Mark in Ostdeutschland investiert und damit 60.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Ein Drittel der Firmen sei in Sachsen ansässig. „Damit sind die Vereinigten Staaten der größte ausländische Investor“, betonte der diplomatische Vertreter.

Als Gründe für das starke Engagement nannte Truhn vor allem das hervorragende Klima in den neuen Ländern. „Zum einen

gibt es hier hochqualifizierte Arbeitskräfte.“ Außerdem sei die Zusammenarbeit zwischen US-Firmen und den Universitäten gut. „Dow Chemical hat eine gute Kooperation mit der Universität in Leipzig, und das gleiche gilt zwischen AMD (Advanced Micro Devices) und den Hochschulen in Dresden und Chemnitz.

Hinzu komme eine gute Infrastruktur. So gebe es in Ostdeutschland die modernsten Telefonanlagen, und auch der Ausbau von Autobahnen und Flughäfen werde weiter zügig vorangetrieben.

Personalie

Mit der Amtsübernahme von Bundesbauminister Eduard Oswald ist auch ein personeller Wechsel in der Pressestelle des Ministeriums zu vermelden: **Wolfgang Jenders** ist seit dem 15. Januar neuer Leiter des Pressereferats. Er war bisher Pressesprecher der CSU-Landesgruppe.

3-Mrd.-Programm zur Verbesserung der Baunachfrage

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher der ostdeutschen Abgeordneten, Paul Krüger, erklärte zum Sonderkontingent des KfW-Infrastrukturprogramms:

Die günstigen Konditionen im Sonderkontingent des KfW-Infrastrukturprogramms für ostdeutsche Kommunen bleiben auch in diesem Jahr erhalten.

Die ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten hatten sich dafür eingesetzt, daß dieses für die Baunachfrage wichtige Programm in Höhe von 3 Mrd. DM auch 1998 genutzt werden

kann; zwischenzeitlich war eine Befristung auf 1997 befürchtet worden.

In Anbetracht des nach wie vor hohen Bedarfs an Investitionen zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur ist es unabdingbar, das Sonderkontingent zu den gültigen Sonderkonditionen über 1997 hinaus weiterzuführen.

Angesichts der schwierigen Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt ist die Beibehaltung eines hohen Auftragsvolumens der öffentlichen Hand unbedingt notwendig. Damit kann die Bauwirtschaft gestärkt und die Nachfrage verbessert werden.

Neubau und Ausbau der Verkehrswege in den neuen Ländern: ohne Beispiel

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, und der Berichterstatter für Verkehrsangelegenheiten in den neuen Bundesländern, Rudolf Meinel, erklärten zu den Investitionen für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes in den neuen Bundesländern seit der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands:

Die Bilanz des Neu- und Ausbaus der Verkehrswege des Bundes in den neuen Bundesländern zeigt für den Zeitraum vom 2. Halbjahr 1990 bis Ende 1997 ein überragendes Ergebnis: Nie zuvor wurde in so kurzer Zeit die Infrastruktur eines Landes in einem solchen Umfang modernisiert. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum über 76 Mrd. DM investiert, davon rd. 40 Mrd. DM in den Schienenbereich, rd. 21 Mrd. DM in die Bundesfernstraßen und 1,6 Mrd. DM in die Bundeswasserstraßen. Der Anteil der neuen Bundesländer war damit bei über 43% aller Ver-

kehrsinfrastrukturinvestitionen des Bundes, gemessen an der Fläche und der Bevölkerungszahl, mehr als überproportional. Die Mittelverteilung zeigt auch den deutlichen Vorrang für Investitionen in die Schienenwege.

Weitere fast 14 Mrd. DM erhielten die neuen Länder im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes für Investitionen im ÖPNV und im kommunalen Straßenbau. Bisher konnten bereits — neben den notwendigen Erhaltungsmaßnahmen — etwa 5300 km Schienenwege und rd. 11500 km Straßen um-, neu- oder ausgebaut werden.

Die Priorität für die neuen Bundesländer wird auch weiterhin beibehalten. Für 1998 sind rd. 9 Mrd. DM für die dortige Verkehrsinfrastruktur vorgesehen, das sind rd. 41% aller Verkehrsinfrastrukturinvestitionen in Deutschland. Der Verkehrsinfrastruktur kommt somit eine Schlüsselrolle für die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Länder zu.

Einsparungen durch Umstellung auf EURO

Der Waschmittel- und Chemiekonzern Henkel erwartet von der Einführung des EURO Kosteneinsparungen. „Für Henkel bringt die Umstellung auf den EURO mehr Vor- als Nachteile“, teilte Ulrich Lehner, Mitglied der Geschäftsführung der Henkel KGaA mit.

Die Einsparungen werden den Angaben zufolge „deutlich in Millionenhöhe“ liegen. Zudem erwartet das Unternehmen durch den Wegfall von Wechselkurschwankungen und von

Kurssicherungskosten in Europa Erleichterungen für das Finanzmanagement. Langfristig werde Europa durch eine einheitliche Währung Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt erzielen.

Die Berichterstattung innerhalb der Gruppe und gruppeninterne Lieferungen werden nach Henkel-Angaben vom 1. Januar 1999 an auf den EURO umgestellt. Auch Kunden könnten Rechnungen von diesem Zeitpunkt an auf Wunsch in EURO erhalten.

Unsere europäischen Partner bauen auf Bundeskanzler Helmut Kohl

Am 14. Januar veranstaltete die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Bonner Konrad-Adenauer-Haus den Europa-Kongreß „Europas Chancen im Zeitalter der Globalisierung“. Neben führenden Sicherheits- und Europapolitikern der Unionsfraktion nahmen prominente ausländische Gäste teil.

Die Botschaft des Kongresses war, daß Deutschland seine Chancen mit der Einführung des EURO in der Europapolitik wahrnehmen sollte, keinen Sonderweg mehr einschlagen dürfe und daß unsere internationalen Partner auf eine verlässliche deutsche Europapolitik unter Bundeskanzler Helmut Kohl bauen.

Europapolitische Grundsatzrede von Bundeskanzler Helmut Kohl

Den Höhepunkt des Kongresses bildete die europapolitische Grundsatzrede von Bundeskanzler Helmut Kohl. Sein Besuch in Sarajewo am Vortag von Heiligabend habe ihm einmal mehr deutlich gemacht, daß auch heute Frieden in Europa noch keine Selbstverständlichkeit sei. Die Frage nach Frieden und Freiheit müsse daher auch im 21. Jahrhundert der Kern der europäischen Einigung bleiben. Die Ereignisse seit 1989 hätten allerdings bestätigt, daß die Visionäre die wahren Realisten seien. Die Erweiterung der EU um unsere östlichen Nachbarn sei der Schlüssel zu einem friedlichen Europa. Er wünsche sich, daß auch die Türkei sich weiter in Richtung Europa bewege und bald wieder eine Grundlage für einen fruchtbaren Dialog gefunden werde.

1998 sei das Jahr der Entscheidung für die Wirtschafts- und Währungsunion. Neben

der Währungsunion müsse man die Strukturprobleme durch eine konsequente Reformpolitik, insbesondere im Bildungsbereich angehen. Aufgrund der besonderen Betroffenheit Deutschlands in der Flüchtlingsfrage werde die Bundesregierung auch weiterhin darauf drängen, daß alle Partner des Schengener Abkommens ihre Vertragsverpflichtungen erfüllen werden.

Die geistige Grundlage Europas

Der Vorsitzende der Tschechischen und Europäischen Bischofskonferenz, Mislav Kardinal Vlk, bezeichnete das Christentum als die geistige Grundlage Europas.

Europa-Kongreß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Bonn

Alle Menschen seien Kinder Gottes, woraus sich die Solidarität unter den Menschen als Wert ableiten lasse. Die Solidarität bezöge sich auch auf andere Kulturen und Religionen und müsse durch Dialog erreicht werden. Die für das Christentum charakteristische Feindesliebe würde den Teufelskreis der Vergeltung durchbrechen und führe zu Versöhnung.

Europäische Friedensordnung

Im sicherheitspolitischen Forum sprachen der Vorsitzende der schwedischen konservativen Partei (Moderaterna), Carl Bildt, und Bundesverteidigungsminister Volker Rühle über den Aufbau einer europäischen Friedensordnung. Carl Bildt argumentierte

für die Schaffung sicherheitspolitischer Instrumente, um künftig Kriege wie im ehemaligen Jugoslawien verhindern zu können. Nach dem Wegfall der Teilung Europas müsse Mittel- und Osteuropa einschließlich des Balkans schrittweise in die EU integriert werden. Darüber hinaus müsse der Balkan sowie das Gebiet zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer stabilisiert werden. Volker Rühe verdeutlichte die historische Dimension der NATO-Erweiterung am Beispiel Polens. Entscheidend sei nicht die Ausstattung mit modernen Waffen, sondern die Vermittlung der Konzepte des „Staatsbürgers in Uniform“ und der „Inneren Führung“. Es dürfe keinen Gegensatz zwischen europäischer Integration und atlantischer Bindung geben. Rühe sprach sich für eine strategische Partnerschaft mit Rußland und der Ukraine aus und warnte vor den Folgen von Instabilität in den Ländern südlich des Mittelmeers.

Globale Wettbewerbsfähigkeit

Im wirtschaftspolitischen Forum sprachen der Ministerpräsident Luxemburgs, Jean-

Claude Juncker, und der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, über die globale Wettbewerbsfähigkeit. Jean-Claude Juncker sagte, daß der EURO am 1. Januar 1999 als stabile Währung starten werde. Die Globalisierung verursache keine Strukturprobleme, sondern lege diese lediglich offen. In Europa dürfe der Sozialstaat nicht zerstört, Arbeitnehmer, Unternehmer und Staat müßten jedoch flexibler werden.

Wolfgang Schäuble sah in der Globalisierung ein wirkungsvolles Mittel zur Überwindung reformfeindlicher Widerstände in Deutschland und Europa. Er verwies trotz der Blockadehaltung der SPD bei der Steuerreform auf die günstigen OECD-Konjunkturdaten für Deutschland, auf die deutschen Erfolge in der Biotechnologie, Umweltechnik und Autoindustrie sowie bei den Patentanmeldungen. Das 50-Punkte-Programm der Bundesregierung für Wachstum und Beschäftigung trage erste Früchte. Schäuble erwartet von der Einführung des EURO einen Aufbruch, der für weitere Deregulierungsschritte genutzt werden müsse.

Was Konrad Adenauer begonnen hat, hat Helmut Kohl vollendet

Frage: Sie sprechen und verhandeln mit vielen Staatspräsidenten und Außenministern. Wer ist für Sie der größte Staatsmann der Gegenwart?

Der Schweizer Präsident und Außenminister Flavio Cotti:

Ich denke, Bundeskanzler Helmut Kohl ist von absolut herausragendem Format. Er hat es verstanden, Deutsch-

land als einem verantwortungsvollen, glaubwürdigen, demokratischen Land eine zentrale Stellung in der Völkergemeinschaft zu verschaffen. Was Konrad Adenauer begonnen hatte, wurde durch Helmut Kohl vollendet. Mit dieser geschichtlichen Leistung erweist er der ganzen Menschheit einen außerordentlich wertvollen Dienst.

Aus einem Interview der „Tribune de Genève“ Ende Dezember

Wirtschafts- und finanzpolitisch unsinnige Steuervorschläge

Das hessische Kabinett hat am 13. Januar beschlossen, eine Bundesratsinitiative zu ergreifen, die das Ziel verfolgt, zur „Sicherung des Steuereinkommens“ die einkommensteuerliche Bemessungsgrundlage zu verbreitern. Der Beschluß sieht die Abschaffung von Steuererleichterungen in einem Umfang von 12,2 Mrd. DM vor.

Ohne eine gleichzeitige Absenkung der Steuersätze bedeutet dies Steuererhöhungen. Nach überschlägigen Schätzungen könnte die Steuererhöhung sogar noch um etwa 1,2 Mrd. DM höher ausfallen, als vom hessischen Finanzministerium angegeben.

Die hessischen Vorschläge lesen sich wie eine Steinbruch-Liste zur stärkeren Steuerbelastung von Bürgern und Unternehmen:

- Streichung der Abzugsfähigkeit von Verlusten aus Betriebsstätten, mit denen ein Doppelbesteuerungsabkommen besteht (§ 2 a Abs. 3 und 4 EStG)
- Abschaffung des Sonderausgabenabzugs von Zinsen auf Steuernachforderungen und von Stundungs- und Aussetzungszinsen (§ 10 Abs. 1 Nr. 5)
- Streichung des Verlustrücktrages (§ 10 d EStG)
- Wegfall der Freibeträge für betriebliche Veräußerungs- und Aufgabegewinne
- Verlängerung der Spekulationsfristen für Veräußerungsgewinne bei privaten Grundstücken von 2 auf 10 Jahre mit Ausnahme des selbstgenutzten Wohneigentums (§ 23 Abs. 1 EStG)
- Streichung des halben Durchschnittsteuersatzes für außerordentliche Einkün-

te und stattdessen 5-jährige Verteilung der außerordentlichen Einkünfte zur Abmilderung der Progression (§ 34 EStG)

- Verminderung der Rückstellungen für die Kosten der Stilllegung und Beseitigung von Kernkraftwerken
- Streichung der Rückstellungen für die Kosten der Wiederaufarbeitung von Brennstäben.

Die durch den hessischen Vorstoß angezettelte Diskussion um Steuererhöhungen ist Gift für den Standort Deutschland und konjunkturell schädlich. Sie verunsichert

Von Hans-Peter Replik, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

inländische Unternehmen und schreckt potentielle ausländische Investoren ab. In diesem Klima der Unsicherheit, das die SPD durch ihre Blockadepolitik bei den im Deutschen Bundestag verabschiedeten Steuerreformgesetzen zusätzlich geschürt hat, fällt es den Unternehmen zunehmend schwer, verlässliche Investitionsentscheidungen zu treffen. Gerade Investitionen werden aber gebraucht, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitslosen damit eine Perspektive zu bieten. Aus diesem Grund erfolgt der hessische Vorstoß zur Unzeit und richtet konjunkturellen Flurschaden an.

Es scheint, als ob Teile der SPD dies mit ihrem Vorschlag gerade beabsichtigen, um so die z. Zt. konjunkturell aufwärts gerichtete Entwicklung in Deutschland zu durchbrechen, die Arbeitslosenzahlen weiter in

die Höhe zu treiben und dies dann der Koalition bei der Bundestagswahl vorzuhalten. Diese Einschätzung wird gestützt durch die Skepsis, die MP Eichel zu den Chancen der Umsetzung seines eigenen Vorschlags bereits geäußert hat.

Der hessische Kabinettsbeschluß, der auch vom SPD-Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine ausdrücklich begrüßt und unterstützt wird, ist eine Ohrfeige für den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Rudolf Scharping. Dieser hat erneut Steuerreformgespräche angeboten und uneingeschränkte Gesprächsbereitschaft signalisiert. Die Initiative von MP Eichel sieht lediglich Steuererhöhungen vor. Die angekündigte Aufkommensneutralität durch die Erhöhung des Kindergeldes sowie die Bereitstellung zusätzlichen Wagniskapitals bleibt dagegen nebulös, genaue Vorschläge fehlen.

Der hessische Vorstoß kann nur so verstanden werden, daß die SPD keine neuen substantiellen Steuerreformgespräche sucht, sondern lediglich einzelne Bestandteile aus einem guten und vernünftigen Gesamtkonzept herauszubrechen versucht. Lafontaine hat das Angebot Scharpings auch sofort und ausdrücklich als „sinnlos“ abgelehnt. Da Scharping in der eigenen Partei also keine Unterstützung findet, machen weitere Gespräche mit ihm auch keinen Sinn.

Eichel führt Neiddiskussion

Die Kennzeichnung der vorgeschlagenen Abschaffung der Steuererleichterungen als „Schließen von Steuerschlupflöchern“ ist falsch. MP Eichel zielt hierbei auf eine Neiddiskussion ab, die nicht trägt. Er verkennet zum einen, daß alle diese Steuererleichterung mit Zustimmung des Bundesrates in früheren Jahren beschlossen worden sind. Zum zweiten wurden diese Sonderregelungen nicht ohne Grund einge-

führt. So sollen z. B. die Vergünstigungen für außerordentliche Einkünfte die bei hohen Steuersätzen drastische Progressionsverschärfung abmildern. Es handelt sich also um eine Regelung, die zumindest bei derart hohen Steuersätzen steuersystematisch vertretbar ist. Zudem würde die geplante Änderung des § 34 EStG nicht nur Manager mit höheren Einkommen treffen, sondern auch viele Arbeitnehmer, die entlassen werden und deren Entlassungsabfindungen zukünftig ebenfalls höher besteuert würden.

Freibeträge reichen nicht

Die im § 3 Nr. 9 EStG derzeit existierenden Freibeträge für Entlassungsabfindungen dürften bei weitem nicht ausreichen, um die Schlechterstellung auf Bezieher höherer Einkommen zu beschränken. Der DGB hat deshalb bereits jetzt schon Widerstand angekündigt. Die Abschaffung des § 34 EStG läßt sich nur rechtfertigen, wenn auch die Steuersätze entsprechend gesenkt werden.

Ein anderes Beispiel in diesem Zusammenhang ist der Verlustrücktrag. Auch die Möglichkeit des Verlustrücktrags wurde mit Bedacht eingeführt. Sie hat das Ziel, den in eine Verlustphase geratenen Unternehmen eine Liquiditätshilfe zu geben, um die Verluste z. T. ausgleichen zu können. Der Verlustrücktrag läßt sich im Grunde auch steuersystematisch rechtfertigen: Eine Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit will letztlich die Leistungsfähigkeit über die gesamte Lebenszeit besteuern. Das Prinzip der Jährlichkeit im Einkommensteuerrecht hat lediglich Praktikabilitätsgründe und kann im Einzelfall zu nicht erwünschten Ergebnissen führen. Zur Glättung der Steuerschuld über die Lebenszeit hat deshalb auch der Verlustrücktrag seine Berechtigung. Deshalb sehen die Steuerreformgesetze auch nur eine

Einschränkung des Verlustrücktrags und keine Abschaffung vor. Eine Einschränkung des Verlustrücktrags, wie sie in den Steuerreformgesetzen vorgesehen war, läßt sich wirtschaftspolitisch nur rechtfertigen, wenn gleichzeitig die Unternehmenssteuern deutlich gesenkt werden.

Dadurch behalten die Unternehmen in Gewinnphasen eine höhere Liquidität und können besser Vorsorge betreiben, um kurzfristige Nachfrageeinbrüche leichter selbst bewältigen zu können.

Es könnten leicht weitere Beispiele aufgezählt werden, um zu zeigen, daß der hessische Vorschlag viel zu kurz springt und kein innovativer Ansatz ist. Die Verbreiterung der einkommensteuerlichen Bemessungsgrundlage muß einher gehen mit der drastischen Senkung der Steuersätze. Mit niedrigen Steuersätzen entfallen zu einem großen Teil auch die Begründungen für einkommensteuerliche Sonderregelungen. Dieser triviale Zusammenhang liegt den im Deutschen Bundestag verabschiedeten Steuerreformgesetzen 1998 und 1999 zugrunde und bleibt in der hessischen Initiative leider unberücksichtigt. Nur mit niedrigen, international wieder konkurrenzfähigen Steuersätzen werden wir einen zusätzlichen Wachstumsimpuls erhalten, den

Deutschland braucht, um die Arbeitslosenzahlen signifikant zu senken.

Die Vorschläge Hessens dagegen führen zu einer signifikanten Erhöhung der Unternehmenssteuerbelastung. Nach groben Schätzungen entfallen von den geplanten 12,2 Mrd. DM rd. $\frac{3}{4}$ auf den Unternehmenssektor. Höhere Steuern waren jedoch noch nie ein probates Mittel, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Es kommt hinzu: Wer jetzt in umfangreichem Maß die einkommensteuerliche Bemessungsgrundlage aus fiskalpolitischer „Habgier“ verbreitert, entzieht damit einer möglichen Steuerreform nach der Bundestagswahl zur Senkung der Steuersätze die Grundlage. Es bleibt, wenn man dem o. g. Vorschlag folgen würde, kein ausreichendes Potential zur Finanzierung einer Tarifsenkung übrig. Damit zeigt die SPD-Initiative bereits heute, daß die SPD an einer wirklichen und durchgreifenden Steuerreform mit dem Ziel international vergleichbarer, niedriger Steuersätze in Deutschland nicht interessiert ist oder richtiger nie war, wenn man die Blockadehaltung der SPD zur vorgelegten großen Steuerreform im Bundesrat in die Überlegungen mit einbezieht.

Krankenstand auf neuem Tief

Die Zahl der Krankmeldungen von Arbeitnehmern in Deutschland ist nach Vorausberechnungen auf ein neues Tief gesunken.

Danach waren nur 4,17 Prozent der 23,6 Millionen pflichtversicherten westdeutschen Beschäftigten im Jahresdurchschnitt 1997 arbeitsunfähig geschrieben.

1996 lag die gesamtdeutsche Quote nach Angaben des Bonner Gesund-

heitsministeriums noch bei 4,69 Prozent. Nach einer Hochrechnung der „Welt“ fiel in Ostdeutschland der Krankenstand nach leichtem Anstieg in den Vorjahren 1997 auf 4,34 Prozent.

Das Ministerium erklärte dazu, die amtlichen Daten würden voraussichtlich erst im März vorliegen. An einer Verminderung der Krankmeldungen bestehe jedoch kein Zweifel.

BAföG-Novelle vergrößert Zahl der BaföG-Empfänger

Anlässlich der Verabschiedung der 19. BaföG-Novelle im Bundeskabinett am 13. Januar erklärt die BaföG-Berichterstatterin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bärbel Sothmann:

Die Anhebung der BaföG-Fördersätze um zwei Prozent und der Elternfreiträge um sechs Prozent zum 1. Juli dieses Jahres wird begrüßt. Diese Anpassungen waren seit langem fällig, denn die bereits mit der 18. BaföG-Novelle ursprünglich geplante massive Anhebung der Bedarfssätze und Freibeträge um je sechs Prozent zum Herbst 1996 war am Widerstand der Länder gegen die Pläne einer BaföG-Strukturreform gescheitert, so daß die erforderlichen Mittel nicht freigesetzt werden konnten. Zu begrüßen ist auch, daß in den BaföG-Förderungskatalog bereits jetzt die durch die Novelle des Hochschulrahmengesetzes geplanten neuen internationalen Abschlüsse Bachelor und Master aufgenommen wurden.

Diese Neuregelungen zur Studienförderung sind jedoch nur eine Notlösung, denn nur eine wirkliche Strukturreform kann eine größere Verteilungsgerechtigkeit unter allen Studierenden herbeiführen und auch künftig gewährleisten, daß niemand aus finanziellen Gründen vom Studium ausgeschlossen wird. Die Zahlen des 12. Berichts nach § 35 BaföG vom Dezember 1997 bestätigen den dringenden Handlungsbedarf. Der Ausgabenrückgang im BaföG ist massiv, und die Gefördertenquote sank bis 1996 auf nur 24,7% der anspruchsberechtigten Studenten bzw. 15% der Gesamtstudentenzahl.

Die Verhandlungen über eine echte BaföG-Strukturreform müssen deshalb mit allem Nachdruck fortgeführt werden. Der Eckwertebeschuß des Bundeskabinetts zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfes zum Bayern-Modell ist zügig umzusetzen.

Mediengestalter löst Schriftsetzer ab

Die Ausbildung in den Medienberufen wird neu geordnet. Wie die IG Medien in Stuttgart mitteilte, wird das Berufsbild des Mediengestalters für Digital- und Printmedien ab August den Schriftsetzer und ähnliche Berufe ablösen.

Damit sei erstmals ein Berufsbild geschaffen worden, das für die jeweiligen Branchenbereiche der Medienwirtschaft geeignete Vertiefungen ermögliche. Mit diesem Konzept solle

eine Brücke zwischen der beruflichen Erstausbildung im dualen System und der betrieblichen Weiterbildung geschlagen werden.

Bei der Ausbildung zum Mediengestalter kann unter vier Fachrichtungen ausgewählt werden. Das neue Berufsbild verbindet technische und kaufmännische Inhalte. Die IG-Medien erhofft sich von dieser Neuordnung mehr Ausbildungsplätze im Druckbereich.

Wolfgang Schäuble:

Die Bürger haben ein Recht auf Sicherheit

Die Verfassung will Verbrechensbekämpfung nicht verhindern, sondern sie fordert sie. Indem sie einen Staat konstituiert, unterzeichnet sie den für den modernen Staat fundamentalen Kontrakt „Sicherheit gegen Rechtsgehorsam“.

Indem sie die einschlägigen Kompetenzen an die Staatsorgane von Bund und Ländern zuweist, setzt sie die Staatsgewalt in den Stand, den primären Staatszweck der Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit zu erfüllen.

Die Grundrechte begrenzen nicht nur die Staatsgewalt, sie fordern auch ihren Einsatz gegen Bedrohungen der Freiheit. Zur grundrechtlichen Freiheit gehört das Grundrecht auf Sicherheit.

Der Staat hat in einem jahrhundertelangen und an Rückschlägen reichen Kampf konkurrierenden Herrschaftsträgern und Privaten das Recht auf Selbsthilfe und Fehde entwunden. Dies konnte nur gelingen und ist auch aktuell deshalb nur gerechtfertigt, weil und soweit er dafür persönliche Sicherheit, Schutz des Einzelnen und Frieden im Innern garantieren konnte. Der Bürger hat für die Übernahme seiner Friedenspflicht ein Recht auf Sicherheit eingetauscht.

Diese Zusammenhänge sind keineswegs blasse Theorie. Den damit umschriebenen Fundamentalkontrakt zu vergessen oder zu verachten, zu verpönen oder zu verletzen, würde ein Gemeinwesen teuer zu stehen kommen. Denn wird eine der beiden Seiten vertragsbrüchig, erfüllt sie ihre Pflichten aus dem Vertrag gar nicht oder nur mangelhaft, kommt das ganze ins Rutschen.

Der Trend zu Selbstbewaffnung, Bürgerwehren und Waffenlobby in den USA sind die Zeichen an der Wand.

Innere Sicherheit darf darum nicht nur Lippendienst in Wahlkampfzeiten und Stilmittel für innerparteiliche Kandidatur-Wahlkämpfe der SPD sein.

Mit der Erfüllung der Aufgabe Innere Sicherheit steht und fällt die Legitimität der Bundesrepublik Deutschland als Staat. Und das ist nichts Nebensächliches.

Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble auf dem CDU-Kongreß „Recht sichert die Freiheit - Justiz und Innere Sicherheit“ in Hannover

Wenn wir uns unter diesem Aspekt die Lage in Deutschland anschauen, dann sieht es nicht gut aus: seit Jahren ansteigende Kriminalitätsraten, hohe Ausländerkriminalität – nicht der seit langem hier lebenden Gastarbeiter, vorwiegend von durchreisenden Tätergruppen, illegal oder vorläufig im Land Befindlichen – und neuerdings eine erschreckende Steigerung der Jugendkriminalität.

Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger reflektiert die objektive Lage. Immer mehr Menschen haben Angst, auf die Straße zu gehen. Nicht nur in den Großstädten, neuerdings auch auf dem flachen Land. Unterführungen, Bahnhofsbereiche,

manche öffentlichen Verkehrsmittel betritt mancher nur noch mit einem ungunstigen Gefühl. Besonders die Schwachen leiden, wenn der Staat Schwäche zeigt. Frauen und alte Leute sind besonders betroffen. Eltern lassen ihre Kinder den Schulweg nicht mehr alleine gehen, ältere Schüler unternehmen ihn in gewissen Stadtvierteln nur noch bewaffnet. Nicht immer ist es die große Kriminalität, die schreckt: die Aussicht, aggressiv angebettelt zu werden, mit einer größeren Zahl alkoholisierter oder sonstwie benebelter Personen konfrontiert zu werden, dunkle verwahrloste Ecken können das Sicherheitsgefühl oft mehr beeinträchtigen, als die ja meistens gerade sehr diskret agierende organisierte Kriminalität.

Erwartungen der Bürger

Anderswo ist es nicht viel anders als bei uns. Die USA seien uns immer ein paar Jahre voraus, sagt man oft. Das gilt dann wohl im Guten wie im Schlechten. Seit den sechziger Jahren sind die Kriminalitätsraten auch dort dramatisch gestiegen. Insbesondere New York, in vieler Hinsicht Sinnbild und Verkörperung der Megalopolis jedenfalls des 20. Jahrhunderts, war jahrzehntelang zugleich Welthauptstadt des Verbrechens. Über Verbrechensbekämpfung in New York ist in letzter Zeit viel zu lesen, bis in die in Hamburg produzierten Journale hinein. Aber was ist das Wesentliche, die Botschaft für uns in Deutschland?

In New York hat man, und das ist das Zentrale, die Erwartungen der Bürger an die Polizei – erstens – ernst genommen und – zweitens – ins Zentrum der eigenen Polizeiarbeit gestellt. Keine gelehrten Hinweise auf das Auseinanderfallen von subjektiver und objektiver Kriminalitätsbelastung mehr. Keine Ablenkung von der Aufgabe der Kriminalitätsbekämpfung hier und jetzt durch das Nachsinnen über tiefere soziale Ursachen und die Wege zur Schaf-

fung einer besseren Welt, in der es der-einst keine Kriminalität mehr geben muß. Keine Polizisten als „Männer ohne Beine“, die im Streifenwagen durch die Gegend brausen und die Anliegen des Bürgers durch die runtergekerbelte Scheibe und mit hochgezogener Braue eher mißmutig entgegennehmen.

Wie konnte es dazu kommen? Amerika hatte es, auch was die Kriminalwissenschaften anbelangt, in mancher Hinsicht besser. Während bei uns das Feld noch von den soziologisierenden Ansätzen der sechziger und siebziger Jahren beherrscht wird – der Verbrecher als Opfer seiner Umwelt, Justiz als Erziehung und Resozialisierung – hatte sich in den USA eine alternative, „realistische“, „konservative“ sagen manche auch, Denkrichtung gehalten bzw. erneuert, die nach Wegen effektiver Verbrechensbekämpfung sucht unter vorläufiger Hintanstellung von Fragen wie der, woran es denn liegt, daß es überhaupt Verbrechen gibt oder wie man die Gesellschaft von Grund auf besser machen könnte.

Einladung zur Tat

Die „Broken-Windows-Theorie“, die auch bei uns jetzt langsam die Runde macht, stammt aus diesem Umfeld: Steht ein Auto oder ein Haus in einer Straße unbeaufsichtigt, besagt sie kurz gesagt, bleibt es über lange Zeit unbeeinträchtigt, wenn es äußerlich einen intakten Eindruck macht. Ist aber eine Scheibe zerbrochen, wird es empirisch nachweisbar – bald aufgebrochen und ausgeplündert sein.

Die praktische Lehre daraus lautet: Es kommt auch auf Äußeres an. Verwahrlosung ist nicht nur Folge von Kriminalität, sie begünstigt und ermutigt auch dunkle Elemente.

In New York hat man nun seit Anfang der 90er Jahre erstmals entschlossen praktische Konsequenzen aus den Erkenntnissen der Professoren Wilson und Kelling gezogen:

Erst in der verkommenen New Yorker U-Bahn, wo der in den USA zu einer Art Volksheld avancierte William Bratton als Chef der U-Bahn-Polizei unnachsichtig gegen zuvor eingerissene Unsitten, auch gegen vorgebliche Kleinigkeiten wie das alltägliche Schwarzfahren oder das Verschandeln von Bahnen und Anlagen mit Graffiti-Sprühereien, vorging.

U-Bahn zurückerobert

Bratton hatte damit Erfolg. Die U-Bahn wurde für die New Yorker zurückerobert. 1994 holte ihn der ehemalige Staatsanwalt Rudolph Giuliani, der mit einem Wahlkampf über sog. Law and Order-Themen offensichtlich den wunden Punkt der New Yorker getroffen hatte und als erster Republikaner seit Menschengedenken in New York in das Bürgermeisteramt gewählt wurde, als Chef der gesamten New Yorker Polizei. Seitdem ereignete sich in New York das kriminalistische Wunder, von dem in letzter Zeit so viel die Rede ist:

Die Zahl der Morde ging 1994 um 19% zurück, die der Raubüberfälle und Autodiebstähle um 15%. Die Kriminalitätsrate in New York sinkt seitdem Jahr für Jahr um zweistellige Prozentzahlen. Letztes Jahr wurde der Stand von 1968 (!) erreicht. Der Rückgang in New York war so drastisch, daß er sich auch in einem leichten Rückgang der gesamtamerikanischen Kriminalitätsrate niederschlug. So etwas bleibt nicht unbemerkt, vor allem wenn eine vierjährige kontinuierliche Entwicklung vorgewiesen werden kann.

Selbst bis zu Herrn Schröder in Niedersachsen hatte sich das im letzten Jahr rumgesprochen – man soll am Ort des Geschehens ja auch den noch amtierenden Ministerpräsidenten einmal loben; keine Sorge, die ganze Wahrheit über seine Leistungsbilanz kommt gleich auch noch. Leider herrscht aber seit der Wahl in Hamburg, wo Herr Voscherau ähnlich hohe Vertrauensverluste der Wähler be-

scheinigt wurden, wie sie sich auch die Sozialisten in Hannover verdient haben, auch in der niedersächsischen Staatskanzlei wieder Sendepause. Frau Simonis, Herr Höppner, Herr Stolpe und natürlich Herr Lafontaine haben rasch wieder auf die alte SPD-Litanei von den sozialen Ursachen umgeschaltet.

Herr Uhrlau, seines Zeichens Polizeipräsident in Hamburg, erklärt jetzt wieder, in Hamburg fehlten halt die gesetzlichen Voraussetzungen, um eine Strategie wie in New York zu fahren – ganz so als ob der Hamburger Polizeipräsident nicht auch manchmal mit dem Senat und den Fraktionen der Hamburger Bürgerschaft sprechen und Vorschläge machen könnte.

Verdachtsunabhängige Kontrollen wie in Bayern, Baden-Württemberg, Thüringen und Sachsen, bei denen in New York massenhaft Verdächtige, Bewaffnete und mit Haftbefehl Gesuchte aufgegriffen werden konnten, sind der Polizei in Hamburg ebenso verboten wie in Niedersachsen. Der Einsatz verdeckter Ermittler und der finale Rettungsschub ist unter einem Ministerpräsidenten namens Schröder aus dem Polizeigesetz gestrichen worden. Und man könnte hier in Hannover auch einige Worte zu den Chaos-Tagen sagen.

Präsenz ohne Pause

Die New Yorker Strategie umfaßt mehr, als verdachtsunabhängige Kontrollen und „Null Toleranz“. Mehrere tausend Polizisten wurden neu eingestellt, mit Handys ausgerüstet, die Streifenwagen mit Computern und Funkverbindung zum Zentralcomputer ausgerüstet. Die Verantwortung wurde auf die Reviere zurückverlagert. Problemzonen können durch ein jederzeit aktuelles computergestütztes Kriminalitätsbild identifiziert werden. Videoüberwachung besonders gefährlicher Bereiche stellt Streifenbeamte frei. Auf dem Streifenfang und dem im Stadtviertel bekannten Schutzmann liegt jetzt die Betonung,

nicht auf spezialisierten und zentralisierten Stäben. Das „Community Policing“ sucht das Gespräch mit Bürgern und Geschäftsinhabern, nimmt deren Sorgen ernst und setzt auf die Informationen, die so gewonnen werden können.

Schnell und wirksam

Das alles, so meine Ansicht, kann man auch in Deutschland machen. Aber können Sie sich schon vorstellen, was man in Deutschland von gewissen Kreisen – nicht von den Betroffenen, die schweigen meist verängstigt – sofort zu hören bekommt? Natürlich, wir kennen alle die Vokabeln: „Schnüffelstaat“, „Blockwart“, „Polizeistaat“. Das ist in manchen Kreisen seit den späten sechziger Jahren so eine Art konditionierter Reflex. Aber davon darf man sich nicht irre machen lassen. Die Sache ist zu wichtig, als das man innerhalb der diskutierenden Klassen erst einmal einige Partien „Political Correctness“ spielen könnte. Wir müssen heute handeln. Schnell und wirksam. Das erwarten die Bürger von uns. Alles andere wäre Versagen im Angesicht der Gefahr.

Es gibt noch eine feinere Art der Bedenkenträgerschaft, und die zieht in diesem Fall sofort die verfassungsrechtliche Karte mit der Aufschrift „Verhältnismäßigkeitsprinzip“. Der Bundesverfassungsrichter Hassemer hat dies im Oktober in einem langen Aufsatz in der Franfurter Rundschau und vor der „Neuen Kriminologischen Gesellschaft“ in Halle dann auch gleich getan. Nicht als Verfassungsrichter sicherlich, sondern als Strafrechtsprofessor, aber dann darf man sich ja auch wenigstens unbefangen damit auseinandersetzen.

Die Vorschläge, so sagt er, offenbaren „eine schreckliche Verkehrung von Maßstäben der Kriminalpolitik, wie sie bislang noch die rechtsstaatliche Ausstattung unseres Strafrechts und Strafprozeßrechts kennzeichnen“. Und: „Der schärfste Schlag trifft das Prinzip der Verhältnis-

mäßigkeit“. Au weia! Lehrt uns am Ende ausgerechnet die älteste Demokratie der Welt die Zerstörung des Rechtsstaats? Schwappt etwa gerade ausgerechnet aus dem liberalen New York eine Art Faschismus herüber? Wurde vielleicht in New York am Ende gar kein Schlag gegen das Verbrechen, sondern gegen das deutsche Verhältnismäßigkeitsprinzip geführt? Ich denke doch nicht.

Was hat es denn mit dem Verhältnismäßigkeitsprinzip eigentlich auf sich? Inwiefern könnte es denn überhaupt gegenüber den neueren amerikanischen Verbrechensbekämpfungsstrategien ins Feld geführt werden? Darf – oder muß – man sich von dem Einwand beim Nachdenken über deren Übertragbarkeit auf Deutschland schrecken lassen?

Maß und Mitte

Das Verhältnismäßigkeitsprinzip hat seine Karriere gerade im Polizeirecht begonnen, letztlich in der Rechtsprechung des preußischen OVG. Im Grunde handelt es sich um den jedem Juristen vertrauten Gedanken, daß jeder Eingriff in Freiheit und Eigentum zu dem Zweck, der erreicht werden soll, überhaupt *geeignet*, nicht durch ein milderes Mittel zu ersetzen, also *erforderlich*, und nach Abwägung der betroffenen Rechtsgüter *nicht außer Verhältnis* zum angestrebten Zweck stehen darf. Letztlich ist es eine Ausprägung des alten Gedankens des „rechten Maßes“, von Maß und Mitte. Nach 1949, seit es in Deutschland eine umfassende verfassungsgerichtliche Kontrolle gibt, hat es seinen Weg auch ins Verfassungsrecht gefunden, d.h. es wurde entdeckt, daß es als allgemeiner Rechtsgedanke im Rechtsstaatsprinzip enthalten ist und darum als Verfassungsprinzip auf alle Rechtsgebiete Anwendung findet. Soweit so gut.

Die beachtliche Karriere des Verhältnismäßigkeitsprinzips im deutschen Verfassungsrecht ist aber auch nicht ohne Risi-

ken und Nebenwirkungen. „Wie die politische, so hat auch die Rechtssprache ihre ‘guten’ Worte“ schrieb jüngst etwas spitz der Münchener Staatsrechtler Walter Leisner, „sie sind ‘unbelastet’, wecken angenehme Gerechtigkeitsvorstellungen. Abwägung ist ein solches Wort. Wer abwägt, ist einfach ein guter Jurist.“ Doch wie so oft in unserer Welt genügt es leider nicht, gute Gefühle zu hegen. „Niemand nämlich“, so Leisner weiter, „weiß so ganz genau, wie denn nun abzuwägen ist, was die vielbemühnte Verhältnismäßigkeit der Lösungen bringen soll“.

Was ist verhältnismäßig?

Die Kosten für die Ubiquität von Abwägung und Verhältnismäßigkeit sind also offenbar im Bereich der – in ihrer Bedeutung für die Rechtsstaatlichkeit allzu leicht unterschätzten – Rechtssicherheit zu zahlen. Auch das Verhältnismäßigkeitsprinzip sollte darum nicht übermäßig angewendet werden. Und – das sei nur am Rande erwähnt – im Bereich der Bürokratisierung unseres Gemeinwesens, denn der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz gehört im Zusammenwirken mit dem Gleichheitsgrundsatz zu den rechtsstaatlichen Instituten, denen eine eigendynamische Tendenz zu immer höherer Regelungskomplexität und Bürokratierzeugung innewohnt. Wenn es uns also schon die Verschlankung des Staates so schwer werden läßt, nun also auch noch die Stärkung des Rechtsstaates?

Nein, ich glaube nicht, jedenfalls nicht in einem umfassenden Sinne, wie unterstellt wird.

Unter welchem Aspekt sollte es beispielsweise ein Verstoß gegen das Verhältnismäßigkeitsprinzip sein, wenn die Polizei zur Verbrechensvorbeugung verstärkt aus dem Streifenwagen aussteigt und als Fußstreife für den Bürger jederzeit ansprechbar ist und bei der kommunalen Kriminalprävention mitwirkt?

Wieso sollte es ein Verstoß gegen das Verhältnismäßigkeitsprinzip sein, wenn die Zahl der Polizeiposten vor Ort erhöht und die Dezentralisierung der Verantwortung auf die Reviere gegenüber der Verlagerung in spezialisierte Stäbe wieder mehr in den Vordergrund gerückt wird?

Sollte das Ernstnehmen der Sorgen der Bürger und die Betonung der Servicefunktion der Polizei am Ende ein Eingriff in Freiheit und Eigentum sein?

Ist mehr Personal für die Polizei am Ende ungeeignet zur Förderung der Inneren Sicherheit? New York, wo mehrere tausend Polizisten neu eingestellt wurden, beweist gerade das Gegenteil. Oder ist eine bessere Ausstattung mit Informationstechnik vielleicht deshalb nicht erforderlich, weil viele Polizisten heute schon ihren privaten PC mit auf die Wache nehmen, um die Schreibearbeiten nicht mit der mechanischen Schreibmaschine von 1950 erledigen zu müssen?

Schnell hingeworfenes Wort

Ist die Durchsetzung des geltenden Rechts z.B. gegen Sachbeschädigung, Nötigung, Bedrohung, bei Verstößen gegen Ordnungswidrigkeitenrecht und Straßenrecht etwa unverhältnismäßig? Ist die Verfolgung von Schwarzfahren und des Besprühens von Zügen und Anlagen etwa unverhältnismäßig? Ist die verstärkte Bestreifung von Bahnhofsanlagen, Zügen und unsicheren Plätzen möglicherweise nicht erforderlich, weil in unseren Großstädten und Ballungsräumen, in Wochenendzügen und Bahnunterführungen alles zum Besten stünde?

Ich frage mich, was eigentlich mit dem schnell hingeworfenen Wort vom Verhältnismäßigkeitsprinzip, das angeblich das Lernen von New York von vornherein verbiete, weil ansonsten der Rechtsstaat vor die Hunde ginge, was mit diesem aufgelegten und gleichzeitig mit höchster

rechtsstaatlicher Amtsautorität unterfütterten Wort eigentlich überhaupt gemeint gewesen sein könnte.

Was bedeutet Toleranz?

Soll es vielleicht heißen, daß die Abwehr des Rufs nach Entkriminalisierung, wie sie von SPD, SPD-Mehrheit im Bundesrat und Grünen immer wieder erschallt, unverhältnismäßig sei? CDU und CSU verstießen am Ende gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, weil sie an dem seit Jahrzehnten geltenden Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht festhalten? Das geltende Recht seit Jahrzehnten unerkannt unverhältnismäßig und die Zustimmung zu den Vorstellungen der SPD direkt aus der Verfassung geboten? Das wäre doch wohl eine intellektuelle Zumutung und eine etwas zu extensive Interpretation.

Was bleibt für den Vorwurf? Eigentlich wohl nur das Wort „Zero Tolerance“. Das hört sich natürlich ein wenig intolerant und wenig abwägungsfreudig an. Aber was hat eigentlich „Toleranz“ im Rahmen der Strafverfolgung verloren? Ich darf – und sollte – gegenüber meinem Nachbarn tolerant sein, wenn er einen etwas anderen Lebensstil hat als ich. Aber darf ein Staatsanwalt oder ein Polizist als Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft im Rahmen der Strafverfolgung „tolerant“ sein, Brüche des geltenden Rechts „tolerieren“, aus Bonhomie gegenüber dem Rechtsbrecher mal „Fünfe gerade sein lassen“? Außerhalb der strafprozessualen Einstellungsgründe und des Auswahlermessens der Polizei darf er das natürlich nicht. Wir nennen das bei uns Legalitätsprinzip. Daß auch dieses gegen das verfassungsrechtliche Verhältnismäßigkeitsgebot verstoße, ist, soweit ich sehe, bisher noch nicht behauptet worden.

Natürlich könnte man die New Yorker Strategie nicht 1 : 1 auf Deutschland übertragen. Zu unterschiedlich sind die gewachsenen Strukturen im Einzelnen.

Aber niemand hat je etwas anderes gesagt. Polizei ist bei uns natürlich keine Sache der Kommune, sondern des Staates, der Länder. Der Bürgermeister errennt bei uns nicht seinen Polizeichef und gibt eine politische Linie für die Polizeiarbeit aus. Die Trennung von Polizei- und Ordnungsrecht beläßt in vielen Bereichen die primäre Kompetenz bei den Ordnungsbehörden. Aber das sind doch keine Schwierigkeiten, die nicht zu überwinden wäre. Daran kann die Orientierung an einem erfolgversprechenden Konzept doch nicht im Ernst scheitern. Ich erinnere nur an die Frankfurter „City-Streife“, bei der seit einiger Zeit ein Polizeibeamter und ein Beamter des Ordnungsamts miteinander patrouillieren, und wenn ein Vorfall festgestellt wird, dann schreitet jeder in seiner jeweiligen Kompetenz ein. So kompliziert ist das doch nun nicht. Die Bürger in Frankfurt wissen es jedenfalls sehr zu schätzen.

Gemeinsamer Info-Stützpunkt

Überhaupt scheint die Stadt Frankfurt am Main seit dem Amtsantritt von Petra Roth mit der Übertragung des neueren amerikanischen Konzepts des „community policing“ am entschlossensten begonnen zu haben und am weitesten voran gekommen zu sein.

Mit der Einrichtung eines neuen Sicherheitsdezernats für die Zuständigkeiten des Ordnungsamts, der Ausländer- und der Verkehrsbehörde hat die Stadt erstmals einen einheitlichen Ansprechpartner für die Polizei in den relevanten Bereichen geschaffen. Im Präventionsrat und in Regionalräten in bestimmten Stadtteilen werden die Aspekte für eine bürgerorientierte Polizeiarbeit zusammengeführt. Neben der City-Streife wurde ein gemeinsamer Info-Stützpunkt von Polizei und Stadtverwaltung in der Fußgängerzone eingerichtet, der Beschwerden und Mißstände entgegennimmt.

In Modellversuchen testen

Es bleibt aber keineswegs beim allseitigen Gespräch. Durch die Schaffung von zusätzlichem Parkraum z.B. soll – ganz gegen den Trend in vielen anderen Kommunen – der Innenstadtbereich für die Bürger wieder interessant gemacht und im Interesse der Kriminalitätsvermeidung auch nach Geschäftsschluß belebt werden. Zugleich hat die Polizei entschlossen den Innenstadtbereich von der früheren offenen Drogenszene geräumt. Die Stadt hat eine Gefahrenabwehr-Verordnung erlassen, die verschiedene Formen von „public disorder“, wie man in den USA sagt, zur Ordnungswidrigkeit und damit auch zum Gegenstand polizeilichen Einschreitens macht. Eine Koordinierungsgruppe zur Abschiebung von Intensivtätern widmet sich diesem besonders kriminogenen Täterkreis.

Der Bundesinnenminister hat sich jüngst nachdrücklich dafür eingesetzt, die neuen amerikanischen Verbrechensbekämpfungsstrategie auch in Deutschland in mehreren Modellversuchen zu testen. Er hat damit in der Innenministerkonferenz Zustimmung gefunden, und einige Länder und Großstädte haben sich schon als Versuchsprobanden angeboten. Ich hoffe, das hat nicht nur mit Kanthers Angebot zu tun, diesen Städten zusätzlich Polizeivollzugsbeamte des BGS auszuleihen. Wir sollten jedenfalls die Konzepte aus New York und anderen amerikanischen Großstädten ernsthaft testen.

Dann wird 1998 auch für Deutschland rückblickend zum „Sicherheitsjahr“, so wie es 1994 für New York geworden ist (siehe Seite 33/34).

Und ich hoffe inständig, das Verfassungsrecht wird dabei nicht zur Hemmung und Blockade, sondern zur Förderung von Freiheit und Sicherheit des Bürgers in Position gebracht. Denn Freiheitsgebrauch setzt die Gelegenheit zur Freiheitsbetätigung durch

Sicherheit voraus. Ansonsten müßte man fragen, ob das Verfassungsrecht noch das richtige „Feindbild“ hat? Im 18. und 19. Jahrhundert hat es sich am absoluten Staat, am Polizeistaat abgearbeitet. Im 20. Jahrhundert hat es dem Staat Sicherung gegen die Abgründe totalitärer Herrschaft einziehen wollen. Heute droht Gefahr aber doch nicht zuerst vom demokratischen Staat, sondern von höchst undemokratischen und höchst unstaatlichen Elementen: Mafia, Drogen-Kartelle, Intensivtäter, OK.

Freiheit muß heute nicht mehr gegen, sondern mit dem Staat gegen ganz und gar unstaatliche, transnational agierende Private verteidigt werden. Darum muß auch das Verfassungsrecht in der geänderten Welt an der Schwelle zum 21. Jahrhunderts sein „Feindbild“ ändern, vergleichbar vielleicht mit der Bundeswehr, die sich auch auf die neue Welt nach dem Fall des eisernen Vorhangs einstellen mußte.

Opposition entscheidet mit

Nicht immer ist aber das Verfassungsrecht schuld, wenn zur Hemmung des von Regierung und Bundestagsmehrheit für notwendig Erachteten die verfassungsrechtliche Karte gezogen wird. Oft sind es höchst unterverfassungsrechtliche, tagespolitische Gründe, die in unserem politischen System in wachsendem Ausmaß „verfassungsrechtliche“ Erwägungen ins Spiel bringen. Wo immer einigermaßen plausibel behauptet wird, daß angeblich Verfassungsrecht einer Regelung im Wege stehe, erfordert eine entsprechende Regelung bei uns eine 2/3-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat. Und das heißt, daß die Opposition mitentscheidet, daß diejenigen, denen der Wähler in der Wahl die Minderheitsrolle zugewiesen hat, über das Druckmittel der möglichen Verweigerung der Zustimmung zur Verfassungsänderung am Gestaltungsrecht der Mehrheit partizipieren kann.

Christian Wulff: Der Rechtsstaat muß dem Verbrechen wieder Zähne zeigen

Scharfe Kritik an der amtierenden SPD-Regierung hat der Landesvorsitzende der niedersächsischen CDU, Christian Wulff, geübt und Gerhard Schröder ein gestörtes Verhältnis zu Polizei, Justiz und überhaupt zum Recht vorgeworfen.

Seit einer Reihe von Jahren betreibt die Landesregierung unter Schröder Rechtsbruchpolitik und diffamiert die „kühler Berechnung“ unterschiedslos Lehrer, Staatsanwälte, Polizisten und Beamte des Verfassungsschutzes, als gelte es, den Bürger vor Übergriffen des Staates zu schützen.

„Neues Denken und Handeln“ für das Land forderte Christian Wulff auf dem Rechtspolitischen Kongreß der CDU am 16. Januar in Hannover und stellte für einen Wahlsieg bei den Landtagswahlen am 1. März in Aussicht, Justiz und Polizei personell wieder so auszustatten, „daß sie ihre Aufgaben schnell und effektiv erfüllen können“.

Christian Wulff: „Wir wollen, daß der Rechtsstaat Zähne zeigt und mit Null-Toleranz-Strategie gegen alle Formen der Kriminalität den Bürgern die Sicherheit gibt, auf die sie ein Recht haben.“

Man hat das deutlich zum Beispiel in der nun endlich zum Ende gekommenen Diskussion sehen können, ob der Schutz der Privatsphäre Wohnung durch Artikel 13 GG auch der Organisierten Kriminalität die Abwicklung ihrer Geschäfte in Deutschland erleichtern soll oder ob der Staat auch zur **Strafverfolgung** – zur **Gefahrenabwehr** sowieso – akustische Überwachungsmittel einsetzen können. So bald man sich entschieden hatte, daß dazu eine Änderung des Artikels 13 erforderlich sei, konnte die Frage nur noch mit Zustimmung der SPD geregelt werden. Wir haben gesehen, welch mühsamer Prozeß das geworden ist.

Mit Christian Wulff

Wenn wir uns 1998 Gedanken darüber machen, inwieweit aus dem New Yorker Exempel Lehren dafür zu ziehen sind, wie wir in Deutschland unsere Städte sicherer und damit lebenswerter machen könnten,

dann sollten wir dies darum auf keinen Fall über scheinkonstitutionelle Abwehrdiskussionen tun, die lediglich dazu dienen, die Durchsetzung des Richtigen auf den Weg über die 2/3-Mehrheit zu zwingen.

Und wir sollten es zudem bald tun, denn einen Leidensdruck wie in New York erst abzuwarten, bevor man zur wirksamen Remedur greift, ist zynisch, denn jeder Leidensdruck erwächst aus Leid.

Wir müssen in der Inneren Sicherheit also bald handeln. Und wir müssen wohl handeln. Polizei ist überwiegend Ländersache. Was in Hamburg, wo der Erfolg Ole von Beust am Ende nicht zur Regierungsablösung ausgereicht hat, nach der erneuten Regierungsbildung der SPD mit Hilfe der Grün-Alternativen aus den großen Ankündigungen Voscheraus geworden ist, haben wir gesehen. Und wenn der niedersächsische Ministerpräsident nach dem 1. März 1998 Christian Wulff heißt, dann wird es den Niedersachsen endlich besser ergehen. ■

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist unnötig und schadet der Bundeswehr

Zur Einsetzung des Verteidigungsausschusses als parlamentarischer Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Vorfälle mit rechtsradikalem Hintergrund in der Bundeswehr erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Obmann im Untersuchungsausschuß, Paul Breuer:

Die CDU/CSU hält die Einsetzung des Untersuchungsausschusses für unnötig und schädlich für die Bundeswehr. Allerdings ist dies das verfassungsmäßige Recht der parlamentarischen Minderheit, dem wir uns nicht verschließen können. Ich lege aber Wert auf die Feststellung, daß es sich dabei nicht um einen 'Bundeswehr-Untersuchungsausschuß' handelt, sondern um einen Ausschuß zur Untersuchung einzelner Vorfälle in der Bundeswehr mit rechtsradikalem Hintergrund.

Meine Fraktion ist der festen Überzeugung, daß die Führung der Bundeswehr selbst das geeignete Instrumentarium besitzt, um alle bekannten Vorfälle zu untersuchen und zu ahnden. Bundesminister Volker Rühle hat von Beginn an die lückenlose Aufklärung aller Sachverhalte zugesagt und sich an diese Zusage durch mehrfache, unverzügliche Vorlage von Berichten und Zwischenberichten immer gehalten. Wir haben den gesicherten Eindruck, daß die Berichte in der gebotenen Offenheit abgefaßt sind und nehmen zur Kenntnis, daß es keinerlei Vorwürfe gibt, die gegenteiliger Auffassung sind.

Die Bundeswehr hat hinreichende geistige Abwehrkräfte, die durch die Debatte der

letzten Wochen noch zusätzlich mobilisiert worden sind. Die richtigen Schritte, die im Bericht von Generalinspekteur Hartmut Bagger ausführlich dargelegt sind, sind veranlaßt und zeigen bereits Wirkung.

Wir sind nicht gegen, sondern für eine schonungslose Aufklärung aller Einzelfälle. Niemand will etwas vertuschen. Wir werden aber insbesondere verhindern – und warnen die SPD davor –, die gesamte Bundeswehr vor den Untersuchungsausschuß zu zerren und damit unter Generalverdacht zu stellen. Das haben die Soldaten und zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr wegen des Fehlverhaltens einzelner nicht verdient.

Beschützer der Demokratie

Für meine Fraktion steht außer Zweifel, daß die Soldaten der Bundeswehr über jeden Vorwurf erhaben sind, nicht im Geiste der demokratischen Grundordnung und einer auf Integration und Kooperation angelegten deutschen Außen- und Sicherheitspolitik erzogen und weitergebildet zu sein. Sie stehen nicht nur auf dem Boden unserer demokratischen Grundordnung, sondern verteidigen sie unter Einsatz von Leib und Leben. Unsere Soldaten sind kein Problemfall für die Demokratie, sondern deren Beschützer. Sie sind unsere Söhne und kein argwöhnisch zu beäugender Fremdkörper in unserer Gesellschaft. Die Verteidigungspolitiker der SPD riskieren die Zusammenarbeit mit den Grünen, deren Absicht die Diskreditierung der

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Angebote der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. im Bildungszentrum Schloß Wendgraben bieten politisch Interessierten aus allen Bundesländern Gelegenheiten zu freimütigen, mitunter kontroversen, stets aber fairen Diskussionen.

Eine der nächsten Veranstaltungen in dem zwischen Magdeburg und Berlin gelegenen Haus:

„Die Geschichte ist so wahr, daß sie erfunden klingt.“
(Günter Kunert)

Fachtagung für Studenten und Autoren zu Literatur und Politik in Deutschland nach 1989
23.–25. Februar 1998

Titel/Themen/Mitwirkende

- “Gezielte Blicke“ Lesung
Bodo Morshäuser, Schriftsteller
- Eine Stadt aus zwei Perspektiven – Das geteilte Berlin in der Literatur
Jörg Lau, Journalist, Bodo Morshäuser
- Die klassischen Dissidenten? Die Mythen von Jason und Medea
Uwe Saeger, Schriftsteller

● Geschichte, Mythos, Literatur
Mythosrezeption in politischen Systemen

Susanne Schulz, Uwe Saeger

● “Eingefrorene Guthaben“ Lesung
Annett Gröschner, Schriftstellerin

● Geschichte(n) erzählen Geschichte aus der „familiären“ Perspektive
Dr. Birgit Dahlke, Literaturwissenschaftlerin, Annett Gröschner

● Ende des Experiments – Lesung experimenteller Texte und Aufsätze
Jan Faktor, Schriftsteller

● Der literarische Untergrund – Politik und Literatur im Ost-Berlin der 80er Jahre

Dr. Peter Böthig, Literaturwissenschaftler, Jan Faktor

**Weitere Informationen/
Anmeldungen:**

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Bildungszentrum
Schloß Wendgraben
Wendgräbener Chaussee 1
D39279 Wendgraben
Fax Nr. 0 32 79/9 52-2 06**

Bundeswehr ist. Die SPD muß aufpassen, daß sie sich nicht auf dem Beifahrersitz der Grünen wiederfindet!

Aus unserer Sicht ist der Untersuchungsausschuß in erster Linie ein Klamauk der Opposition im Wahljahr. Zum einen soll er die Bundeswehr und vor allem Bundesminister Volker Rühe verunglimpfen, zum anderen soll er darüber hinwegtäuschen - wir erinnern an das Verhalten der Opposition im Zusammenhang mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr -, daß erhebliche Kompetenzdefizite vorhanden sind und die Grünen es bis heute nicht ge-

schaft haben, ihr Verhältnis zur Bundeswehr und zu Auslandseinsätzen zu klären. Diese politische Strategie ist ein allzu durchsichtiges Manöver der Grünen, die die Forderung bis hin zur totalen Abschaffung der Bundeswehr erheben.

Die CDU/CSU wird es nicht zulassen, daß unsere Friedens- und Bündnisarmee, deren ohnehin hohes Ansehen durch den Einsatz bei der Hochwasserkatastrophe an der Oder und das vorbildliche Auftreten der Bundeswehr im früheren Jugoslawien noch gewachsen ist, beschädigt wird. ■

Studie des Berliner Max-Planck-Instituts

Schlechte Noten für die Gesamtschule

Unter dem Motto „Frühzeitige Auslese vermeiden, Fördermöglichkeiten schaffen, Betreuung außerhalb der Unterrichtszeit anbieten“, startete die Gesamtschule vor mehr als 25 Jahren mit dem erklärten Ziel, Sozial- und Bildungschancen gerechter zu verteilen als das gegliederte Schulsystem. Dieser Mythos einer besseren Schulform ist endgültig zerstört

Was Kenner des Alltags an Gesamtschulen bereits seit langem kritisierten, nämlich ein Herunterfahren des Leistungsniveaus, bestätigt nun eine Studie des Berliner Max-Planck-Institutes mit dem Titel „Bildungsverläufe und psychosoziale Entwicklung im Jugendalter“ (BIJU): Die Gesamtschule erfüllt die hohen Erwartungen und selbstgesteckten Ziele nicht.

Die Berliner Wissenschaftler untersuchten zwischen 1992 und 1995 die Schulleistungen von Schülern verschiedener Schultypen der 7. bis 10. Jahrgänge in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen. Auch die Befähigung zum „Sozialen Lernen“ kam auf den Prüfstand. Vor dem Hintergrund der europäischen Einigung folgten sie dabei der Frage nach der Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen und der Effizienz unterschiedlicher Bildungssysteme.

Danach erreichen die Schulleistungen von Schülern an Gesamtschulen der untersuchten Jahrgänge 7 bis 10 im Fach Mathematik in den Kursen, die eigentlich Gymnasialstandard anstreben, also den E-Kursen, nicht einmal Realschul-Niveau. Die Englischleistungen liegen noch weiter darunter. Unerwarteter und schockierender noch ist das zweite Ergebnis der wissenschaftlichen Studie zum Sozialverhalten an Ge-

samtschulen: Schüler an Gesamtschulen schneiden auch beim Sozialverhalten, also bei sozialen Schlüsselqualifikationen wie Hilfsbereitschaft, Teamarbeit und Eigeninitiative schlechter als Gymnasial- und Realschüler der gleichen Jahrgänge ab: Sie sind deutlich egoistischer.

SPD-Schulpolitik in den Ländern hat die Gesamtschule mit Sach- und Personalmitteln klar gegenüber den Schulformen des gegliederten Systems bevorzugt. So wurde die Gesamtschule als Regelschule im bevölkerungsreichsten Land Nordrhein-Westfalen als extrem teures viertes Standbein neben dem dreigliedrigen System etabliert. Eine solch unverfrorene Ressourcenverschwendung ist – nicht zuletzt vor dem Hintergrund knapper Kassen – unverantwortlich. Die Rechnung zahlen Steuerzahler, Eltern und Kinder. Das ist mit der CDU nicht zu machen.

Die Gesamtschule hat die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt.

Die CDU tritt dagegen mit Nachdruck für die humane Leistungsschule als dreigliedriges und differenziertes System aus Haupt-, Realschule und Gymnasium ein. Gerade vor dem Hintergrund von Internationalisierung, Technisierung und Globalisierung mit ihren großen Herausforderungen ist das gegliederte Schulsystem mit seinen klar definierten Anforderungsprofilen und seiner Ausrichtung auf Allgemeinbildung und Grundlagenwissen am besten geeignet, unterschiedliche Begabungen und individuelle Leistungsfähigkeit bedarfsgerecht zu fördern.

Wo Eltern, Lehrer und Schüler es wünschen, sollen Gesamtschulen als Angebotsschulen weitergeführt werden können. Aber die Union sagt ein klares Nein zur Gesamtschule als Regelschule. Denn weder Erziehungsleistungen noch Bildungsniveau sprechen für eine weitere Bevorzugung der Gesamtschule, wie sie von SPD-geführten Ländern betrieben wird.

Die CDU setzt auf die bewährte Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit individueller Schullaufbahnen im gegliederten System, dessen wesentlichen Merkmale Fach- und Lerngruppenprinzip, Differenzierung und Leistung sowie vielfältige und differenzierte Arten von Abschlüssen sind. Qualitätssicherung im internationalen Wettbewerb soll nach dem Willen der Union durch regelmäßig durchgeführte internationale und bundesweit länderbezogene Leistungsvergleiche erreicht werden.

Die Union strebt einen länderübergreifenden Konsens über schulformspezifische Mindestanforderungen und die Berücksichtigung wissenschaftlicher Qualitätskontrollen bei der Lehreraus- und fortbildung an. Ferner sind Zentralprüfungen auf der Grundlage konkreter Lehrpläne sowie eine Intensivierung des Fremdsprachenunterrichts im zusammenwachsenden Europa gefordert.

Auf ihrem 9. Parteitag in Leipzig im Oktober 1997 hat die CDU mit ihrem Beschluß „Projekt Zukunftschancen“ die Leitlinien einer zukunfts offenen und ihren Grundsätzen verpflichteten Bildungspolitik zusammengefaßt:

„Angesichts des globalen Wettbewerbsdrucks muß das deutsche Bildungswesen in seinen Ergebnissen internationalen Maßstäben genügen. Dazu ist die Beteiligung an internationalen Leistungsvergleichen notwendig. Unverzichtbarer Bestandteil einer verbesserten und vergleichbaren schulischen Bildung muß zudem der nationale Vergleich zwischen den Bundesländern und zwischen den verschiedenen Schulformen werden. Wir fordern deshalb ein länderübergreifendes Controlling-System, um die Qualität der Bildung zu sichern und – wo notwendig – zu verbessern.

Voraussetzungen dafür sind: staatliche Vorgaben in Form von Lehrplänen und Curricula, ein fester Fächerkanon, Ziffernoten sowie eine wirksame Schulaufsicht. Darüber hinaus befürwortet die CDU zentrale Prüfungen beim Hauptschulabschluß, beim Realschulabschluß und beim Abitur. Die gezielte Förderung von Hochbegabten muß intensiviert werden. Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands hängt nicht zuletzt von seinen Eliten ab.“

Gedanken zur Politik im 21. Jahrhundert

So lautet das Motto einer Zukunftswerkstatt, die die Konrad-Adenauer-Stiftung im letzten Jahr in Betrieb genommen hat. Nach Vorträgen von Roland Koch, Ole von Beust, Christine Lieberknecht, Christian Wulff, Peter Müller und Annette Schawan, wird am **5. Februar um 18.00 Uhr im Bonner Haus der Ge-**

schichte der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, **Alois Glück**, seine Konzepte und Vorstellungen über die Reformfähigkeit unserer Gesellschaft darlegen.

Titel seines Vortrags, dem sich eine Diskussion anschließen soll: „Freiheit und Verantwortung – der Weg zu einer neuen Sozial- und Bürgerkultur“.

PDS zeigt ihr wahres Gesicht

Zur erneuten Landtags-Kandidatur eines Mitarbeiters des Staatssicherheit der DDR in Sachsen-Anhalt erklärte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion und CDU-Landesvorsitzende, Karl-Heinz Daehre:

Diese Kandidatur, jetzt im Wahlkreis 21, zeigt, daß das Thema Vergangenheitsaufarbeitung innerhalb dieser Partei weder begonnen noch gelungen ist.

Ich möchte an dieser Stelle alle demokratischen Parteien auffordern, sich öffentlich von diesen skandalösen Vorgängen innerhalb der PDS zu distanzieren. Auch möchte ich vor allem an die SPD appellieren, ihre Zusammenarbeit mit der Partei aufgrund dieses neuerlichen Vorfalls aufzukündigen.

Wie tief die PDS noch im Sumpf des Stalinismus mit verherrlichenden Sozialismustheorien ist, wird um so deutlicher, wenn man bedenkt, daß die Basis dieser Partei nun zum zweitenmal einen Stasi-Mitarbeiter in den Landtag entsenden möchte. Herr Friedrich Rabe war in der ersten Legislaturperiode (1990 – 1994) Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt. Schon damals wurde er als IM enttarnt, legte das Mandat aber nicht nieder, da die PDS-Fraktion diese Entscheidung jedem frei ließ.

Herr Rabe ist aber nicht nur Mitglied der PDS, sondern gleichzeitig auch der Kommunistischen Plattform, einer Gruppe innerhalb der Partei, die vom Bundesverfassungsschutz beobachtet wird.

Die Kandidatur zeigt erneut, daß die PDS trotz aller Beteuerungen nach wie vor tief in ihrer Vergangenheit verwurzelt ist und nicht auf dem Boden der Verfassung der Bundesrepublik steht.

Wer für die Staatssicherheit gearbeitet hat, darf nicht in ein demokratisch gewähltes Parlament einziehen; denn das wäre ein Schlag in das Gesicht aller Demokraten.

Unsere Elektronischen Adressen:

- **INTERNET:**
<http://www.cdu.de>
- **T-ONLINE:** *CDU#
- **X 400:** c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund
- **E-MAIL:** post@www.cdu.de

PDS würde Schröder und Lafontaine zum Kanzler wählen

Die PDS würde sowohl Oskar Lafontaine als auch Gerhard Schröder zum Bundeskanzler wählen, wenn damit eine Große Koalition verhindert wird.

Voraussetzung sei aber, daß der SPD-Kandidat auf die Stimmen der PDS angewiesen sei und mit seiner Wahl zum Bundeskanzler eine echte Re-

formpolitik in Gang komme, erklärte der Vorsitzende der PDS-Bundestagsgruppe, Gregor Gysi.

Gerhard Schröder würde die PDS nur dann zum neuen Regierungschef in Bonn küren, „wenn dies zur Verhinderung von etwas Schlimmerem notwendig wäre“.

Argumente

Neun Punkte zum „Sicherheitsjahr '98“

Bundesinnenminister Manfred Kanther hat für besondere politische Anstrengungen zur Kriminalitätsbekämpfung einen Neun-Punkte Katalog vorgelegt:

1 Die in zahlreichen Sicherheitsgesetzen verwirklichte Politik der Koalition muß durch Gesetzgebung zum Abhören von Gangsterwohnungen, durch die Verschärfung der Geldwäsche und die Ergänzung der Strafprozeßordnung abgeschlossen werden.

2 Zur Inneren Sicherheit gehören auch weiterhin gesetzgeberische Maßnahmen gegen den illegalen Zuzug: Erweiterung des Ausländerzentralregisters, Kompetenzerweiterung für den Bundesgrenzschutz, Verschärfung der Sozialhilfavorschriften.

„Aktion Sicherheitsnetz“

3 Polizei, Justiz und Behörden müssen die vom Gesetzgeber geschaffenen Möglichkeiten entschlossen anwenden. Dafür ist deren enge Zusammenarbeit in der „Aktion Sicherheitsnetz“ zwischen Bund, Ländern und Kommunen erforderlich. Die Innenministerkonferenz am 2. Februar stellt deshalb einen wichtigen Markstein auf dem Weg zu noch erfolgreicherer Kriminalitätsbekämpfung dar.

4 Die weitere Arbeit von Bund und Ländern am „Grenzsicherheits-Schleier“ muß effektiver werden: sowohl gegen den illegalen Zuzug von Ausländern als auch gegen einen damit verbundenen Kriminalitätsimport. Anzustreben sind Verwaltungsabkommen zwischen dem Bundesgrenzschutz und den betroffenen Länderpolizeien zum wirksamen Grenzschutz besonders gegen Schlepper-Unwesen und Menschenhandel.

Grenzschutz

5 Schwerpunkt in der Polizeiarbeit des Bundes ist deshalb die schnelle Umsetzung des Reformkonzepts für den Bundesgrenzschutz, der die Sicherheitskonzeption vor allem im Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität verstärken soll.

6 Die politische Debatte um die möglichen Sicherheitsbeiträge durch die Strafjustiz muß fortgesetzt werden. Dabei geht es insbesondere um eine wirksamere Anwendung des Haftrechts, die Nutzung des neu geschaffenen Beschleunigten Verfahrens und eine vermehrte Beachtung der präventiven Wirkung der Strafe.

7 Es wäre gut, wenn im Superwahljahr alle politischen Kräfte den Schulterschuß zugunsten der Inneren

Sicherheit finden und sich verständigen könnten auf:

- ➔ Aufnahme der „öffentlichen Ordnung“ als Schutzzweck in alle Polizeigesetze der Länder;
- ➔ Absage an irreführende Begriffe wie „Bagatelldelikte“;
- ➔ vermehrte Anstrengungen für eine bessere Ausstattung von Polizei und Justiz durch die Länder, aber auch der Ordnungsbehörden durch die Kommunen;
- ➔ Schluß mit der „Freigabe-Diskussion“ im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Rauschgiftkonsums.

8 Im zweiten Halbjahr strebt die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Schengen-Präsidentschaft die folgenden Ziele an:

- ➔ gleichwertige Berücksichtigung von Fragen der Inneren Sicherheit neben den militärischen und ökonomischen auf dem weiteren Weg zur europäischen Einigung;
- ➔ Erarbeitung von Sicherheits-Prüfsteinen im Zusammenhang mit der

Aufnahme osteuropäischer Staaten in die EU;

- ➔ konkrete Maßnahmen bereits in den Herkunfts- und Transitländern gegen illegale Wanderungsbewegungen nach Westeuropa. Gedacht ist z.B. an vermehrte Ausbildungs- und Fortbildungshilfe.

9 Zur Durchsetzung einer „Sicherheits-Komponente“ in der zukünftigen Europapolitik ist ein integriertes Konzept aller daran beteiligten Fachbereiche zur entschlossenen Wahrnehmung deutscher Interessen im Ausland erforderlich.

Bundesinnenminister Manfred Kanther:

„Nur eine Zusammenschau der vielen Möglichkeiten im Kampf gegen die Kriminalität kann Erfolg haben.“

Das Sicherheitsjahr '98 soll den Beweis dafür erbringen, daß in den wichtigen Fragen der Inneren Sicherheit der Nutzen für die Allgemeinheit vor parteipolitischen Gefechten rangiert.“

Wolfgang Schäuble: „Wir müssen das Zusammenleben in der Gemeinschaft, soweit es eben geht, freihalten von Angst und Bedrohung. Denn Angst und Bedrohung sind Gift für Freiheit, Solidarität und Toleranz. Das bedeutet, daß wir nicht nachlassen dürfen im Kampf für mehr Sicherheit und Ordnung, im Kampf gegen Kriminalität und Verbrechen.“

Verbrechens- vorbeugung vor Ort

Ein Leitfaden für die
kommunalpolitische Arbeit

Bundesfachverbandsrat Innenpolitik **CDU**

▲ Verbrechens- vorbeugung vor Ort

Schutz vor Kriminalität, Gewalt und Eigentumsverlust ist ein elementares Grundbedürfnis von uns allen. Steigende Kriminalitätsraten fordern wirkungsvolles Handeln und eine stärkere Präsenz des Staates, einen effektiveren Strafvollzug sowie eine zielgerichtet arbeitende bürgernahe Polizei. Sie erfordern aber darüber hinaus ergänzende Schritte, um Kriminalität zu verhindern oder zumindest zu erschweren und zu begrenzen.

Der vorliegende Leitfaden soll Ihnen anhand von vielen Fachbeiträgen, Dokumentationen und Statistiken die notwendigen Anregungen für die Diskussion und die konkrete Umsetzung zur „Verbrechensvorbeugung vor Ort“ liefern

Bestell-Nr.: 4274
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je Expl.: 21,50 DM

► Mehr Ehre für das Ehrenamt

Die erste Auflage des Leitfadens zum Ehrenamt hatte innerhalb der CDU und bei vielen Verbänden und Organisationen großen Zuspruch gefunden. Sie hatte insbesondere in den Kreisverbänden der CDU eine Reihe von Aktionen zugunsten des Ehrenamts ausgelöst. Die nun vorliegende 2. Auflage wurde

um aktuelle Beiträge und neue Anregungen ergänzt und enthält zudem die Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage von Abgeordneten der Koalitionsfraktionen zum Thema Ehrenamt.

Bestell-Nr.: 4155

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 15,00 DM

Mehr Ehre für das Ehrenamt

2. aktualisierte
Auflage Ein Leitfaden
mit aktuellen Beiträgen
zum Thema Ehrenamt

CDU

▼ Kommunalwahlrecht für EU-Bürger

Informationen und Aktionsvorschläge

Dieser Leitfaden informiert über die wichtigsten rechtlichen Bestimmungen und die individuellen Regelungen

bei der Umsetzung des neuen kommunalen Wahlrechts in jedem Bundesland. Er enthält ferner eine Reihe von Aktionsvorschlägen für die örtlichen Parteigliederungen sowie Flugblattvorlagen in allen europäischen Sprachen zur Ansprache der EU-Bürger

Bestell-Nr.: 4161

Verpackungseinheit:
10 Expl.

Preis je 10 Expl.:
18,00 DM

Kommunalwahlrecht für EU-Bürger

Informationen und Aktionsvorschläge



CDU

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN

Leitfaden für EURO- Veranstaltungen

Dieser Leitfaden gibt Anregungen für Veranstaltungen, die kompetent in der Argumentation und modern in der Präsentation über den EURO informieren und die CDU als die Europapartei in Deutschland präsentieren.

Bestell-Nr.: 4219

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je 5 Expl.: 10,00 DM

Alle Preise zzgl. MwSt.
und Versand

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 11 64

33759 Versmold

Fax (0 54 23) 4 15 21



UiD

2 / 1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.